

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 16. Juli 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Gewerkschaften gegen Schutzzölle.

Verhandlungen beim Ernährungsminister.

Am Dienstag nachmittag fand im Reichsernährungsministerium die angekündigte Sitzung der Gewerkschaften aller Richtungen zur Frage der Schutzzölle statt.

Der Reichsernährungsminister eröffnete die Sitzung mit einer ausführlichen, sehr ernsthaft untersuchenden Darstellung der Lage der Landwirtschaft. Die Ernährungsmittellage biete an sich keinen Grund zur Besorgnis, dagegen sei die allgemeine Lage der deutschen Landwirtschaft außerordentlich bedenklich.

Der Sprecher des ADGB, Graßmann, unterstrich, daß es ohne die Bewilligung der städtischen Bevölkerung in Deutschland keine Schutzzölle geben werde. Die städtische Bevölkerung sei in der Mehrheit in Deutschland, auf deren Kosten könne sich eine Minderheit keine Sonderrechte verschaffen.

Eine Ueberraschung bot die Rede des Vertreters der Christlichen Gewerkschaften Baltrusch, der schon bei seiner Bestimmung im Reichswirtschaftsrat einige Verwunderung erregte.

Als Vertreter des ADGB sprach Heinig, der die Irrtümer Baltruschs richtig stellte und an einer ganzen Reihe Einzelheiten nachwies, daß die von der Reichsregierung beabsichtigte Zollpolitik der Landwirtschaft gar nicht helfen werde.

Es kann gesagt werden, daß die Einwände bzw. Feststellungen und Warnungen der Vertreter der freien Gewerkschaften nicht ohne Eindruck auf den Reichsernährungsminister blieben.

Besten ermöglichen lasse. Die Regierung hielt es nicht für nötig, von dem Reichswirtschaftsrat ihre ungenügende Begründung des Gesetzesentwurfs zu ergänzen und zu vertiefen.

automatisch weitere Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiete nötig werden.

Auch wurde auf die Differenz zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis für Agrarprodukte hingewiesen und gefordert, durch schnelle Ermäßigung der Verdienstmöglichkeiten sowohl den Konsumenten, die heute durchweg überhöhte Preise zahlen, und der Landwirtschaft, deren Not keiner bestreiten wolle, zu helfen.

Die Vertreter der Landwirtschaft betonten dagegen die Notwendigkeit der Vorlage, wenn Deutschland im nächsten Jahre eine leistungsfähige Landwirtschaft haben wolle, die Deutschland ernähren kann.

Die einzelnen Gruppen hatten eine Unzahl von Anträgen eingebracht. So forderte die Industrie z. B., daß der § 4 im Artikel I der Vorlage, die der Regierung die Ermächtigung zu vorübergehenden Zolländerungen bis zum 30. Juli 1926 gibt, auf 6 Monate befristet werden soll.

Von Bedeutung ist, daß Artikel II der Vorlage (Neuregelung der Umsatzsteuer) einem zweiten Ausschuss zur weiteren Beratung überwiesen wurde.

die Umsatzsteuer zu Anrecht mit den Zollplänen verknüpft ist.

Außerdem wurde die geplante Erleichterung als zu gering bezeichnet. Die Industrie schlug an Stelle der bisherigen Regelung eine Kleinhandelssteuer von 5 Proz. vor, die genügender Ertrag sei, da auch heute von etwa 10 Proz. Umsatzsteuer nur die Hälfte erfaßt werde.

Wie wir erfahren, rechnet man übrigens im Reichsernährungsministerium selbst wenn die Vertreter des Handwerks gegen die Vorlage stimmen, mit einer Mehrheit für die Schutzzölle.

Die Eröffnungssitzung der Konferenz.

London, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Sämtliche Delegationen für die Interalliierte Konferenz waren bis Dienstagmittag in London eingetroffen. Die Eröffnung der Konferenz wird im Botenpostsaal des Auswärtigen Amtes stattfinden.

Die Komiteearbeiten.

Paris, 15. Juli. (W.B.) Der Organisationsausschuss für die deutschen Industrieobligationen hat seine Arbeiten abgeschlossen.

Von Versailles bis London.

Zur Eröffnung der Konferenz.

In der Tatsache, daß die Londoner Konferenz überhaupt nötig wurde, liegt schon ein schwerwiegendes Urteil gegen das Werk von Versailles mit eingeschlossen. Denn die Streitfragen, die in London zur Erörterung kommen sollen, hätten gar nicht entstehen können, wenn der Vertrag von Versailles das geworden wäre, was er sein sollte und wollte: ein Statut, das Europa einen gesicherten Frieden und mit ihm die Grundlage zu neuem wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg gab.

Dieser Versuch wird begünstigt durch den Umstand, daß in Frankreich an die Stelle des Nationalblocks in Linksblock, in England an die Stelle der konservativ-liberalen Koalition eine Arbeiterregierung getreten ist, weiter aber auch durch die Rückkehr Americas auf dem Schauplatz der europäischen Politik, mag sie auch nur behutjam und zögernd erfolgen.

Auch wer chauvinistischen Uebertreibungen abhold ist, muß die Politik, die Frankreich bis zum 11. Mai Deutschland gegenüber getrieben hat, als eine Politik des Drucks und der Vergewaltigung kennzeichnen.

In der Linie der englischen Politik liegt das Dawes-Gutachten. Seine grundlegende Bedeutung liegt darin, daß es zwischen Wirtschaft und Politik wieder eine reinliche Scheidung vorzunehmen versucht.

Nebenächlich ist die Frage, ob deutsche Minister nach London eingeladen werden oder nicht. Werden sie nicht eingeladen, so ist das als ein Zeichen der drüben herrschenden Unsicherheit und Uneinigkeit zu bewerten; dazu können die Deutschen natürlich nicht eingeladen werden, daß sie zu inänuen Zeugen der Kalküllosigkeit und des Streits im anderen Lager werden!

Der Plan sagt aber nichts über die Abschaffung der Reparationskommission und nichts über die militärische Räumung. Er beauftragt die Kommission und die Besatzungstruppen ihrer bisherigen hauptfächlichen Funktionen, aber er gestattet ihnen, an den bisherigen Orten ihrer Tätigkeit ein beschauliches Dasein weiter zu führen.

Sollte es England gelingen, Frankreich zur raschen militärischen Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete aber auch der ersten Vertragszone, die nach fünf Jahren frei werden

... soll, zu bewegen, würde Herrhof den Ruf und die Kraft aufbringen, den Rat Englands in dieser Frage anzunehmen, so hätten wir allen Grund, uns zu diesem Ergebnis zu beglückwünschen. Heillos verfehlt wäre aber eine deutsche Politik, die für die Annahme des Gutachtens Bedingungen stellt über jene des Gutachtens hinaus. Der Reichsanwalt Marx war wohlberaten, als er in seiner Sonnabendrede erklärte, für Deutschland gäbe es keine anderen Bedingungen als die im Gutachten selbst enthaltenen. Andere Leute waren weniger wohlberaten.

Am wenigsten wohlberaten ist die „Zeit“, die im Ausland als das Sprachrohr Stresemanns gilt, wenn sie ein Geschrei über eine angebliche „Kapitulation“ erhebt, die angeblich irgendjemand in Deutschland haben will. Das Gutachten ist durch die Regierung Marx-Stresemann bereits angenommen; ist das eine Kapitulation, so ist die Kapitulation schon vollzogen. Wenn aber die „Zeit“ dem Reichsanwalt unterstellt, er habe die Annahme des schon angenommenen Plans jetzt wieder in Frage stellen und von der vorherigen militärischen Räumung des Ruhrgebiets abhängig machen wollen, so fälscht sie damit seine Rede in ihr Gegenteil um.

Von den beiden Meinungen, die innerhalb der deutschen Regierung vorhanden zu sein scheinen, ist zweifellos diejenige die richtige, die bei der Annahme des Gutachtens ohne darüber hinausgehende Bedingungen verharret und das weitere der Entwicklung überläßt. Man muß eins nach dem andern tun, nicht alles zugleich. Verlieren die Besatzungstruppen die Funktion des „Gerichtsvollziehers“, so werden sie sich als unnütze Freßer ganz Europa lästig machen. Amerika und England können auf die Dauer nicht duden, daß die Reparations-einnahmen, die für alle sein sollen, in französische Offiziersgehälter umgewandelt werden, und auch die Franzosen werden einsehen, daß der fremde Soldat im fremden Land ein Faktor nicht der Sicherheit, sondern der Unsicherheit ist, und daß erst, wenn er wieder zu Hause ist, der wirkliche Frieden beginnt.

Würde Deutschland heute kategorisch den Rückzugsbefehl für die französischen Soldaten fordern, so könnte ihn kein französischer Ministerpräsident erteilen, selbst wenn er selber den Rückzug wollte. Automatisch wäre damit eine Situation geschaffen, die zum Scheitern des Sachverständigenplans führen müßte.

Aus der Uneinigkeit der Alliierten hat Deutschland noch niemals Vorteil ziehen können. Eine Einigkeit zwischen ihnen kann heute nur auf einer Linie erfolgen, die auch für uns eine starke Beförderung gegenüber dem bisherigen Zustand der reinen Willkür bedeuten wird. Darum ist auch Deutschland an einem guten Ausgang der Londoner Konferenz lebhaft interessiert.

Die Parteien und die Agrarzölle.

Den bürgerlichen Parteien ist die öffentliche Erörterung des Gesetzentwurfes der Regierung über die Agrarzölle außerordentlich unangenehm. Man hatte zunächst gehofft, daß die Wiedereinführung der früheren Zölle von der Regierung auf dem Wege der vereinfachten Gesetzgebung (d. h. ohne das Plenum des Reichstages) vorgenommen werden könnte. Der Widerspruch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen eine Verlängerung dieses aus der Kriegszeit herrührenden Ermächtigungsgesetzes, das am 30. Juni 1924 abließ, hat jedoch diese Absicht zerschlagen. Bismarck hat die entscheidende ablehnende Haltung der Sozialdemokratie zu den Agrarzöllen, sowie die rechtzeitige Veröffentlichung des Gesetzentwurfes die Öffentlichkeit rechtzeitig auf die drohenden Gefahren aufmerksam gemacht.

Angesichts des Echo, das dieser Marmruf der Sozialdemokratie in allen Schichten der Bevölkerung hervorgerufen hat, haben auch Blätter der Rechtsparteien und der Mittel-

parteien es für angezeigt gehalten, den Gesetzentwurf der Regierung zu kritisieren oder gar ganz abzulehnen. Man möchte gar zu gern den Eindruck hervorrufen, als ob die Regierung auf eigene Faust und unüberlegt gehandelt habe. Dabei schreckt man vor direktem Schwindel nicht zurück. Denn was ist es anderes, wenn Graf Westarp in der „Kreuzzeitung“ (Nr. 324) erklärt:

„Daß wir Deutschnationalen viel mehr von der Befähigung der Zollvorlage ebenso überrascht worden sind wie irgend jemand anderes, und von ihr später erfahren haben, als diejenigen, die sie im Wege der Indiskretion ankündigen konnten.“

Selbst die Regierung ist angesichts dieser Haltung der bürgerlichen Parteien, wie die Rede des Reichsanwalters Marx vom letzten Sonnabend zeigt, bedenklich geworden.

Um vor Täuschungen bewahrt zu bleiben, erscheint es jedoch notwendig, den dokumentarischen Nachweis zu führen, daß die Absicht auf Wiedereinführung der hohen Agrarzölle seit langem geplant ist, daß sie von allen bürgerlichen Parteien verlangt wird, und daß die Regierung zur Vorlegung dieses Gesetzentwurfes im jetzigen Augenblick sogar von den bürgerlichen Parteien gezwungen worden ist. Am 27. Juni standen im Reichstage die Interpellationen und Anträge der bürgerlichen Parteien über die Zollfrage der Landwirtschaft zur Beratung. Nach dem amtlichen Stenogramm erklärte dabei der Redner der Deutschnationalen, der Abgeordnete Schiele:

„Wir verlangen gegenüber der andringenden Welle fremden Wettbewerbs, die uns ernstlich bedroht und zu erlösen droht, schleunige Vorlegung eines Zollgesetzes, und zwar so, daß der Zollschuß bereits für die kommende Ernte wirksam wird. Das Ziel dieser Zollgesetzgebung muß sein: der leichte Boden in Deutschland, den wir nicht entbehren können, muß bei rationaler Wirtschaft noch lohnend sein. Auslandsgewinne muß über den Preisen gehalten werden, zu welchen der in ungünstigeren Produktionsverhältnissen arbeitende heimische Betrieb Getreide herstellen kann. (Zuruf des Abg. Crispian: Also Bucherfreiheit!)“

Der Redner der Deutschen Volkspartei, der Abgeordnete Hepp, erklärte:

„Aber mit einigen wenigen Worten darf ich noch eins berühren, nämlich die Notwendigkeit, der deutschen Landwirtschaft einen Schutz gegenüber der Konkurrenz des Auslandes zu geben. . . Wir erwarten . . . daß das Reichsernährungsministerium bereit ist, der deutschen Landwirtschaft nach außen hin diesen Schutz ihrer Erzeugnisse zu geben, dessen die Landwirtschaft dringend bedarf, um sich weiter erhalten zu können.“

Der Zentrumsredner, der Abgeordnete Kerp, erklärte:

„Ich habe nachgewiesen, daß die Landwirtschaft heute überhaupt keine Rente abwirft — zeitweise sogar ein Minus hat. Deswegen müssen wir unbedingt fordern, daß demnächst jener Schutz der heimischen nationalen Arbeit der deutschen Landwirtschaft gewährt wird, der sich in dem Worte Zollschuß ausdrückt.“

Auch der deutschvölkische Redner, Abgeordneter Schliephake, stellte sich auf denselben Standpunkt:

„Wenn Sie der Landwirtschaft nicht den erforderlichen Zollschuß und die sonstige unbedingt nötige Unterstützung, vor allen Dingen die Befreiung von den unbilligen Steuern verschaffen . . . dann geht die Landwirtschaft zugrunde.“

Der Redner der Wirtschaftlichen Vereinigung, Abg. Bachmeier, forderte von der Regierung sofortige Ausführung über die Vorlage eines Gesetzentwurfes und fügte hinzu:

„Wir erwarten von der Regierung und fordern mit allem Nachdruck, daß der Landwirtschaft das Recht zuteil wird, auf das sie Anspruch hat, nicht nur für sich allein, sondern im Interesse des Volkes und der Nation. Wir erwarten, daß ein ausreichender Zollschuß schon bis zur nächsten Ernte der Landwirtschaft gewährt wird.“

Und selbst der Redner der Demokratischen Fraktion, der Abgeordnete Dietrich (Baden), stimmte im Prinzip dem verlangten Zollschuß zu. Er meinte:

„Auch der Frage, die der Herr Minister nur vorläufig ange-

deutet hat — wir wollen es offen aussprechen: der Zollfrage, um das Kind beim richtigen Namen zu nennen —, stehen wir nicht doktrinär gegenüber. Wir wissen ganz genau, was die Landwirtschaft für das deutsche Volk bedeutet und werden das bewilligen, was notwendig ist. Wir fürchten allerdings, daß jetzt eine hochschulpolitische im Anzug ist, nicht nur von landwirtschaftlichen, sondern auch von anderer Seite, die wir in dem Umfang, wie sie propagiert wird, nicht werden mitmachen können.“

Alle bürgerlichen Parteien haben demnach schleunige Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Einführung von Agrarzöllen vor dem Beginn der Ernte verlangt. Daher war es nicht erstaunlich, daß der Reichsernährungsminister, Graf Kanitz, folgende Erklärung abgab:

„Der Landwirtschaft muß die Hoffnung auf einen Erntezugewinn gewährt werden. Die Reichsregierung hat deshalb beschlossen, alsbald die erforderlichen Gesetzentwürfe den gesetzgebenden Körperschaften zugehen zu lassen, die die Verhinderung einer weiteren Ernteeinstellung der landwirtschaftlichen Wirtschaftsform sowie den Schutz der heimischen Landwirtschaft überhaupt zu gewährleisten geeignet sind. Die Reichsregierung ist sich darüber klar, daß eine gleichbleibende und durch Erschütterungen auf dem Weltmarkt möglichst unberührte Preisgestaltung für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht nur im Interesse der Landwirtschaft selbst, sondern nur im Interesse der Verbraucherschaft liegt. Eine solche gleichmäßige Preisgestaltung läßt sich aber nur durch eine Gesetzgebung gewährleisten, die die Preisunterschiede zwischen ausländischen und inländischen Produkten für den Fall des bald zu erwartenden Eintritts fester Wirtschaftsgrenzen ausgleicht und auf einer für die heimische Produktion erträglichen Höhe hält. Damit durch eine solche produktionserhaltende Gesetzgebung die heute noch schwer leidende Verbraucherschaft nicht etwa geschädigt werde, wird eine Entspannung der Preisgestaltung auf anderer Seite geschaffen werden durch eine steuerliche Erleichterung auf dem Gebiete der Verbrauchsbelastung.“

Die Annahme ist deshalb verfehlt, als ob die Agrarier und die bürgerlichen Parteien das Ziel hoher Agrarzölle aufgegeben haben. Die Erklärungen des Reichslandbundes beweisen bereits das Gegenteil.

Reichsschutz der Republikfeinde.

Sogar Parlamentsberichterstattung soll verhindert werden

Dresden, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstagmittag erschienen auf der Redaktion der sozialdemokratischen „Dresdener Volkszeitung“ zwei Kriminalbeamte, um im Auftrag des Oberreichsanwalts nach der Quelle und dem Verfasser eines Artikels zu forschen, in dem über eine öffentliche Sitzung des Ausschusses, den der sächsische Landtag zur Untersuchung der Ueberschüsse der Reichswehr gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt hatte, berichtet worden war. In dem Bericht war u. a. mitgeteilt worden, daß sich der Ausschuß mit der Frage der sogenannten scharfen Reichswehr beschäftigt habe. Gegen den Verfasser des Berichts soll ein Landesverratsverfahren eingeleitet werden. Da die Beamten natürlich keine Auskunft über den Namen des Verfassers erhielten, durchsuchten sie den Schreibstisch des verantwortlichen Redakteurs, des Landtagsabg. Gen. Dr. Sachs. Ihr Bemühen, das Manuskript aufzufinden, blieb erfolglos.

Mag Bäcker gestorben. In Berlin ist der Senior der deutschen Parlamentsjournalisten, Mag Bäcker, im 68. Lebensjahre einem Schlaganfall erlegen. Mit ihm ist eine der bekanntesten Persönlichkeiten der deutschen journalistischen und stenographischen Kreise dahingegangen, die in der deutschen Parlamentsgeschichte unvergessen bleiben wird.

Die Revolte von Sao Paulo. Obwohl die widerspruchsvollen Meldungen über den weiteren Verlauf der Militärrevolte von Sao Paulo vorliegen, scheint die amtliche Darstellung der hiesigen brasilianischen Gesandtschaft zuzutreffen, daß der Aufstand durch die Regierungstruppen bereits nahezu völlig unterdrückt worden ist.

Hans Jacob.

Die Zukunft der Berliner Kunsthochschulen. Die auf Wunsch des Landtages berufene Kommission, die dem preussischen Kultusministerium einen Vorschlag über die neue Organisation im Berliner Kunstunterricht einreichen sollte, ist nunmehr zu einer einstimmigen Stellungnahme gekommen und hat ihren Vorschlag der Regierung unterbreitet. Der Vorschlag ist inzwischen dem Ministerium zugefandt worden. Die Vertreter der Akademie der Künste, Rudolf Schulte im Hofe, Philipp Brand, Ernst Wend und Heinrich Straumer und die Lehrer der Hochschule für die bildenden Künste, Karl Hofer und Wilhelm Gerstel, haben den Vorschlag ebenso unterzeichnet wie die Lehrer der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums, Max Kaufmann und Franz Seod. Außer diesen Künstlern, die aus Kollegialwahl in die Kommission berufen worden waren, haben sich auch die vom Ministerium delegierten Leiter zweier akademischer Restauratoren, Ulrich Hübner und Hans Voelzig, sachlich auf den Boden dieses Vorschlages gestellt. Der Bericht der Künstlerkommission spricht sich einmütig gegen die völlige Abschmelzung von Unterrichtsanstalten, vielmehr für die Fortbestehen als eigene Institute in größerem Zusammenhange aus: eine Ausbildungsstätte für Kunst, eine für Kunstgewerbe, und als dritter Bestandteil des Bundes eine Studienanstalt für Architektur in Arbeitsgemeinschaft mit der Technischen Hochschule. Abgebaut kann dann werden, was die bisherigen Anstalten an deutschen Fachern besitzen. An die Spitze jeder dieser selbständigen Anstalten soll ein von seinen Fachgenossen gewählter Leiter treten, dessen Amtszeit ein Jahr dauert, dessen Wiederwahl aber zulässig ist und dem ein Verwaltungsbureau zur Seite steht. Für Lehrberufungen an die Hochschule wird ein Vorschlagsrecht der Akademie angeregt, die sachgemäß in Verbindung mit der Kunsthochschule steht. Auf die Dauer wird sich dann wohl eine gemeinsame Leitung nicht vermeiden lassen. Es wird aber vorgeschlagen, einstweilen in kollegialer Zusammenarbeit der Vorstände erst einmal die jetzt unbestimmten vorhandenen erregte Stimmung aller Beteiligten abklingen zu lassen. Sachlich weiß der Künstlervorschlag darauf hin, daß gerade angesichts der in neuester Zeit recht auseinandergehenden Tendenzen der freien Kunst und des Kunstgewerbes es nicht ratsam erscheint, hier den Ausgangspunkt und große Streden des Lehrganges zusammenzulegen. Das Verhältnis von Akademie der Künste und Hochschule, wie es durch die bisherige Säkularisierung hergeleitet wird, soll in seiner zukünftigen Gestaltung Gegenstand eigener Beratungen sein. Statt einer definitiven Regelung auf einheitlicher Basis im Sinne eines organischen Aufbaues mit handwerklicher

Festungsgefängnis.

Eine Toller-Erinnerung von Franz Rosenfelder.

Ernst Toller ist gestern nachmittag aus der bayerischen Festung Mauthausen entlassen worden. Er hat die fünfjährige Haftstrafe, zu der er wegen seiner Beteiligung an der Münchener Räteregierung verurteilt worden war, bis auf den letzten Tag verbüßt. Wie wir hören, wird Toller Bayern verlassen und seinen Wohnsitz in Berlin nehmen.

Der Gang wirkte seltsam schon, wenn man ihn zum erstenmal durch das Eingangsgitter sah. Eigentlich gleich er gar nicht einem Gefängnisgang, viel eher einer Gruft von unheimlich langem Ausmaß. Wäre irgendwo ein speleothekarischer heiliger Sebastian angebracht gewesen, dann hätte man auch an einen mittelalterlichen Klostergang denken können.

Es schien lang wie eine Großstadtkirche und nieder und schmal wie Katakombentiefe. Die Zahl der Gruftgänge an beiden Seiten abzuschätzen hätte verwirrt. Einen Sorg hätte man durch keine der schwarzen, granitumrahmten Türen hineinbringen können. Das war auch nicht vorgesehen, hier hatten Bedene zu hausen.

Die Beleuchtung kam vom großen vergitterten Abflußfenster. Sie war grünlich und verlor sich allmählich in unbestimmtem Dunkel. Kein Dornkruzgang kann solch mystische Stimmung erwecken. Weibrauch fehlte, aber es roch nach Verwesung und Inquisition.

Da war eine Zelle. Mehr läßt sich nicht sagen. Eine Zelle ist so wie jede andere, verschieden ist nur die Himmelsrichtung, die für den Gefangenen vollständig weislos ist.

Jede Zelle hat drei Wände. Die Eingangsseite mit der eisenschlossenen Tür hat nicht die Eigenschaft einer Wand. Das Guckloch, der „Audas“, macht sie zum Offnenfenster, was man sich denken kann. Der Gefangene fürchtet und haßt sie und wenn er seine Fäuste zerschlägt, tut er es an dieser Eisentür.

Desto mehr Wand und die schmerzlich geliebte Sehnsucht des Häftlings ist die gegenüberliegende Seite, denn von ihr kommt das Licht und man sieht durch das ganz oben angebrachte Gitterfenster Himmelsblau und Wolken. (Die Sonne schaut man nie, ab und zu kommt für ganz kurze Zeit ein freundlicher Goldstreifen, daß man nicht gänzlich das Tagesgestirn vergißt. Der Mond ist freigebiger, aber der ist Symbol des Todes.)

Was soll man nach von einer Zelle sagen? Sie ist gewöhnlich sechs Schritte lang und jeder Gefangene macht täglich, je nach Temperament und Verzweiflungsgrad, das Hundert- oder Tausendfache daraus. Gequält hat es noch keine.

Die Zelle hat ein Eisenbett mit Strohsack und farbigem Deckenüberzug. Außerdem einen Schemel und ein Wandbrett. Zuweilen auch ein Kreuzfig aus Gipsstein.

Täglich zweimal wurden die Gitterfenster abgeklopft. Dabei

Klangen und sangen die Eisenstäbe ganz ergreifend und mancher Aufseher entschuldigte sich mit seiner Pflicht.

Nachts waren die Zellen unbefleuchtet. Der Hof ging ein Reichswehrsoldat.

Ein Gefangener schmuggelte sich eine Kerze ein. Um in der Stille arbeiten zu können.

Und schrieb „Masse Mensch“ nieder.

Während wir politischen Gefangenen monatelang in dieser Ganggruft lebten — sechzig Menschen, fast alle in voller Jugendkraft, machten das Grobgewölbe zu einer schallenden Tromme —, stellte die Verwaltung in lässlichem Bemühen Tagesaufenthaltsräume für uns her.

Dort trafen wir uns und hielten Kunstveranstaltungen und wissenschaftliche Vorträge. Auch die Politik ließen wir nicht aus dem Spiele. Dabei ging es oft heiß her. Intellektuelle und echte Proleten lagen sich zuweilen im Keinen, nicht unfreundlichen Raum in den Haaren.

Und einmal war es totenstill. Und dies es noch, als schon das Wort verklungen war. Eine Reihe von unaussprechlicher Art lag über uns. Ich sah einen jungen Matrosen derbster Art weinen. Er war nicht der einzige Gefangene, der es tat.

Ernst Toller hatte uns frisch von Tinte und Kerze weg „Masse Mensch“ vorgelesen.

Der Mann, der tagsüber im Bärm nicht arbeiten konnte, nachts nicht durfte und es doch wagte, und seiner Sendung Schloß und Gesundheit opferte...

Ernst Toller ist heute frei.

Ich denke heute an die Festungszeit, die ich mit ihm verbringen durfte, und zeitentrückt stehen aufs neue die zwei Stunden der Erhebung lebendig und weisevoll vor mir...

Und in mir glüht ein herzlicher Segenswunsch: werde glücklich, Tapferer, allzeit guter Kamerad — denn frei brauchst du wahrhaftig nicht erst zu werden!

Der Hund.

Meine kurze Erzählung fängt, da ich mich streng an die Wahrheit halten will, mit einem Geständnis an: Ich war im Lunapark. Ich will über die Motive nichts sagen. (Ich wurde verführt.)

Ich ging an zahlreichen Buben vorbei, hörte Anpreisungen vor Hospaläften und sah wüßende Menschen. Manche trugen bedächtig einen Ledhörnchen auf dem Arm. Aus dem Bohnhof der Gebirgsbahn kamen Leute, die so ausliefen, als hätten sie gerade einen Anfall schwerer Seerkrankheit überwunden. Ich war auf alles gefaßt und ließ meine Blicke über den Himmel schweifen. Da lenkte ein Hund meine Aufmerksamkeit auf sich. Er stand auf dem flachen Dache einer der zahlreichen Kioskstuben. Ein wunderschöner Hund

Die Christlichen zum Achtsundentag.

Die christlichen Gewerkschaften werden zu Ende dieser oder zu Anfang der nächsten Woche zur Frage der Ratifizierung des Abkommens von Washington über den Achtsundentag, die durch die Beratungen des Internationalen Arbeitsamtes in den Mittelpunkt der großen Politik und der Reparationsfrage gerückt wurde, Stellung nehmen. Wie der „Soz. Parlamentsdienst“ erfährt, will der Kreis um Stegerwald bei allem prinzipiellen Festhalten am Achtsundentag einer endgültigen Entscheidung bis zur Auswirkung des Dawes-Gutachtens ausweichen, da erst nach dieser Auswirkung sich die Tragfähigkeit der Wirtschaft für den Achtsundentag feststellen lasse. Auch können sich die Herren um Stegerwald nicht für eine Volksabstimmung über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens erwärmen, jedenfalls sind sie nicht für eine Abstimmung noch in diesem Jahr.

Es ist begreiflich, wenn Stegerwald und seine engeren Gewerkschaftsfreunde dem Reichsarbeitsminister Brauns nicht unangenehm werden wollen. Aber wir bezweifeln, daß die großen christlichen Arbeiterorganisationen, die vor kurzem noch schwere Kämpfe um die Arbeitszeit durchgefochten haben, ebenfalls für eine dilatorische Behandlung der Frage des Achtsundentages zu haben sind. Bei den freien Gewerkschaften ist man der Auffassung, daß gerade die Ratifizierung des Abkommens der deutschen Arbeiterschaft ein sehr wirksames Mittel gegen allzu große Reparationslasten in die Hand geben wird.

Zum Republikanerabbau.

Fadenscheinige Vorwände des Herrn Bazille.

Der neue württembergische Gesandte, Dr. Basler, wird heute seinen Posten in Berlin anreten. Die sozialdemokratische württembergische Landtagsfraktion hat eine Anfrage an die Regierung gerichtet, in der gefragt wird, „ob die Staatsregierung bereit ist, Auskunft darüber zu geben, aus welchen sachlichen Gründen, auf Grund welcher Gesetzesbestimmungen und in welcher Form die Berufung des selbigen württembergischen Gesandten in Berlin erfolgt ist?“

Bei der Beantwortung dieser Anfrage wird Herr Bazille, der jetzt in der „Deutschen Tageszeitung“ die Behauptung aufstellen läßt, daß keinerlei politische Motive, sondern lediglich die übliche Versäumnisse des Gesandten Hildenbrand den Anlaß zur Überberufung gegeben hätten, genügend Gelegenheit haben, seine Gründe in der Deffenlichkeit darzulegen.

Seine Verteidigung in der „Deutschen Tageszeitung“ zeigt, daß er nicht den Mut hat zu sagen, daß er Hildenbrand abgebaut hat, weil er Sozialdemokrat und Republikaner ist.

Lügenheke gegen Adolf Koester.

Deutschnationale untergraben das deutsche Ansehen.

Riga, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Seit Monaten treiben gewisse Rechtsblätter in Deutschland gegen den Gesandten in Riga Dr. Koester die widerwärtigste Hebe. Zuerst seien sie den Lügen eines Hochstaplers zum Opfer und gaben der letzten Presse Anlaß, sich über die Beisitzfertigkeit gewisser deutscher Zeitungsdirektoren lustig zu machen. Später mußten sie sich von dem konservativen deutschbaltischen Organ in Riga unter die Nase reiben lassen, daß sie mit ihren Nachrichten über Koesters „Raifeier“ angegründelt worden waren. Nunmehr bringt die deutschnationale „Ostpreussische Zeitung“ die Nachricht, daß Koester auf Urlaub weile, während die deutsche Flotte Riga besuche. Auch diese Nachricht ist ein vollendeter Reinfall. Koester hat die gesamten Empfangsfeierlichkeiten in Riga persönlich geleitet und mit dem Admiral und einer deutschen Mannschaftsdelegation zusammen auf einem deutschen Kriegsschiff Kranze niedergelegt. Diesmal ist es das Organ der Russen in Riga, das mit Recht die Frage aufwirft, was man von der politischen Taktik deutscher Blätter halten solle, die solche „Informationen“ abdrucken.

Ist sich die deutschnationale Heppresse eigentlich bemüht, wie sie mit solchen Zeitungsnachrichten dem deutschen Ansehen im Auslande schadet?

Unter- und künstlerischer Oberstufe hat man also den Weg des Kompromisses, der oberflächlichen Vertiefung der Gegensätze gewählt. Ob die „erregte Stimmung aller Beteiligten“ dadurch zum „Abflingen“ gebracht werden wird, erscheint zweifelhaft. Sicher ist nur, daß eine wirklich fruchtbare, dem Geist unserer Zeit entsprechende Reform des Berliner Kunsterziehungswesens auf diesem Wege nicht zu erreichen ist. Der Kunstreferent des preussischen Kultusministeriums hat seinerzeit eine vortreffliche Denkschrift zu diesem Thema veröffentlicht. Leider entspricht die Praxis nicht der Theorie. Wer trägt die Schuld?

Der Gemsenbestand in den Alpen durch eine Seuche gefährdet. Mitte des vergangenen Jahrhunderts ist auf die Gemse in den Alpen so eifrig Jagd gemacht worden, daß der Bestand an Tieren immer mehr zusammenschumpfte. Seitdem wird die Gemse in einzelnen Teilen der Alpen geschont, aber trotzdem hat sich der Bestand auch in den letzten Jahrzehnten verringert, wogegen der Umstand beigetragen haben mag, daß die Tiere infolge des Massenbesuchs der Alpen immer weniger Gipsel fanden, auf die sie sich zurückziehen konnten. Nun kommt aus Vesterreich die Nachricht, daß unter dem Gemswild eine schwere Seuche, die „Gemsräude“, ausgebrochen ist, eine Krankheit, die befürchtet ist, daß die Gemse in den Alpen aussterben wird. Die Landesregierung hat eine Versammlung nach Gmunden einberufen, um über Maßnahmen gegen das drohende Aussterben zu beraten. Die Räube hat sich von Süden aus verbreitet und ist jetzt bis ins Salzammergut, wo die Gemse zuletzt am häufigsten vorgekommen ist, vorgezogen.

Wie man den Wurm im Apfel hört. Der Professor der Entomologie an der südafrikanischen Universität Stellenbosch, C. R. Brain, hat in einer Abhandlung, über die Johannesburger Blätter berichten, erstaunliche Mitteilungen darüber gemacht, wie er den Radio-Funk zur Erforschung der Insektenwelt benutzte. Er verwendet ein gewöhnliches drahtloses Telephon, das mit einem besonders fräftigen Lautverstärker ausgestattet ist, und wird dadurch in die Lage versetzt, „den Wurm im Apfel hören“ zu können. Zwei Teile von Zweigen eines Apfelbaumes, die mit Karbon des Apfel-Böhrens besetzt waren, wurden in eine Röhre gefüllt, die mit einem Mikrophon in Verbindung stand, und mit dem Kopfhörer konnte man dann die Bewegungen der Larven deutlich hören sowie das Geräusch vernehmen, das die Insekten beim Frähen der Wälder machten. Ebenso konnte das Vorhandensein des Käufelkäfers im Korn auf diese Weise erwidert werden, und der Lautverstärker war sogar fräftig genug, um in einer Frucht das Vorhandensein eines Wurmes festzustellen. Der Gelehrte ist der Ansicht, daß diese Belauschung der Insekten mit Hilfe des Radio-Funks von Wichtigkeit sein wird für die Auswahl der Früchte, die exportiert werden, und für die Prüfung des Samens.

Im Residenztheater beginnen Donnerstag 8 Uhr unter der künstlerischen Leitung von Alfred Diezle Aufführungen von Ernst Zolters „Hinkemann“. Hinkemann — Alfred Diezle, Orchester — Lore Wagner vom Deutschen Theater.

Universitätsvorlesungen über den Bitterbund. Der polnische Senat hat eine Vorlage angenommen, welche die Einführung von obligatorischen Vorlesungen über den Bitterbund an den polnischen Universitäten betrifft.

Kanitz verteidigt den Brotwucher.

Verflechtung der Wirkung auf die Lebenshaltung der Massen.

Ein Vertreter des BVB. befragte den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Graf Kanitz, über die Notlage der Landwirtschaft. Auf die Frage: „Wie kann der Landwirtschaft geholfen werden?“ führte der Reichsminister aus:

Diese Fragestellung trifft meines Erachtens nicht den Kern der Dinge. Ernährungsprobleme treiben heute vorwiegend die Politik, und somit müßte die Fragestellung lauten: „Soll die deutsche Volksernährung sich in Zukunft vorzugsweise auf die Produktion der heimischen Scholle stützen oder auf Einfuhr?“ — Primär handelt es sich also um eine vorzügliche Behandlung der deutschen Volksernährung. Diese ist in greifbarer Zukunft gefährdet, wenn nicht schon heute — es kann gar nicht früh genug sein — die notwendigen vorzüglichen Maßnahmen getroffen werden. Keine Regierung darf, gleichgültig wie sie zur Landwirtschaft steht, tatenlos zusehen, daß die gesunde Basis jeder Volksernährung, der eigene Nährstand, unter dem Zwange einer akuten Notlage zum extensiven Betrieb übergeht. Extensivierung der Landwirtschaft bedeutet letzten Endes bedingungslose Auslieferung der Verbraucher an die Willkür und den Egoismus des Weltmarktes. Eine Missernte in Kanada kann die deutsche Volksernährung schwer gefährden, wenn die deutsche Scholle nicht mehr intensiv bearbeitet wird, also nicht mehr den notwendigen Bedarf sicherstellen kann.

Die Extensivierung der Landwirtschaft ist bereits im Gange! Sie findet erschütternden Ausdruck in den aus allen Bundesstellen einströmenden Nachrichten über den berechtigten, trostlosen Pessimismus der Bauern und den mangelnden Mut, noch ernsthaft an die Herbstbestellung, an die Bestellung des Brotgetreides für das nächste Jahr, in dem gewöhnlichen Umlauf zu gehen. Hinzu kommt, daß Extensivierung der Landwirtschaft heute für die große Masse der Landwirte eine Erleichterung bedeutet; einerseits werden zwar durch Uebergehen zum extensiven Betrieb Reformmaßnahmen eines Reformjahres hin- und hergeschoben, andererseits verringern sich jedoch durch die Extensivierung die Betriebskosten derart, daß ein bescheidenes, aber stabiles Einkommen dauernd gesichert erscheint. Der intensive landwirtschaftliche Betrieb ist bekanntlich immer der teuerste.

Dem Ernährungsstandpunkt aus ist es also die Pflicht der Regierung, schon heute der beginnenden Extensivierung einen Riegel vorzuschleppen. Wie läßt sich das erreichen?

1. Durch Kredithilfe, 2. durch Steuererleichterung, 3. durch Ausfuhr, 4. durch Zölle.

Um auf dem Wege des Kredits der Landwirtschaft eine wirklich nachhaltige Erleichterung zu schaffen, fehlen bekanntlich die Mittel. Im übrigen ist die Agrarkrise nie allein durch Kredite zu lösen, die verzinst und zurückgezahlt werden müssen, sondern nur dadurch, daß man das Uebel an der Wurzel anpackt, und das ist eben die Verflechtung der Produktionsbedingungen. Ein allzu radikaler Abbau der Steuern, abgesehen von möglichst lang zu befristenden Stundungen, würde den Etat von Reich, Ländern und Gemeinden umwerfen und somit den Anstoß zu neuem Geldmachen, zur Wiederinbetriebsetzung der Rentenpresse, also zur neuen Inflation geben. Durch die Freigabe der Ausfuhr ist gleichfalls keine durchgreifende Erleichterung zu erhoffen, weil die Absatzmöglichkeiten für deutsche Agrarprodukte im Ausland beschränkt sind.

Es bleiben die Zölle. Hierbei erheben sich zwei Kardinalfragen: 1. Sind Schutzzölle geeignet, die heimische Produktion zu heben, Masse und Qualität der Agrarprodukte zu mehren? 2. Wirken sich die Zölle so verteuern auf die Lebenshaltung aus, daß damit ihre günstige Wirkung, nämlich die Steigerung der heimischen Produktion, für die Verbraucher wieder praktisch illusorisch wird?

Zu 1. Schutzzölle sind geeignet, die Produktion zu heben und zu mehren: a) solange die übrigen Länder der Welt ihre eigene Produktion durch Schutzzölle schützen, das Land also, welches dieses als einziges nicht tut, sicherlich den kürzeren zieht, b) solange es nicht gelingt, die landwirtschaftliche Technik so zu steigern, daß dadurch die klimatischen Unterschiede der einzelnen Produktionsgebiete ausgeglichen werden im Interesse gleichmäßiger Produktionsbedingungen und Produktionskosten.

Für beide Voraussetzungen fehlt aber noch auf Generationen hinaus jede praktische Grundlage. Rein physiologisch ist jedenfalls ein maßvoller Schutz Zoll seit jeher und in allen Ländern der natürlichen Anreiz zu nehmen und segensreichem Experimentieren von Praxis, Wissenschaft und Technik gewesen. Ein solcher Anreiz fehlt heute. Hinzu kommt, daß der durch die Ueberproduktion der Ueberseeländer entstandene Ueberfluß auf die heimische Produktion drückt. Hierdurch steigert sich der Leerlauf der getreideverarbeitenden, heimischen Industrie und des getreideumsehenden, inländischen Handels; dieser Leerlauf wächst sich naturgemäß zu einer Verteuern der heimischen Zwischenprodukte zum Schaden der Verbraucher aus. Durch Wiedereinführung — es handelt sich ja nur um die Wiederherstellung eines unterbrochenen Zustandes — würde u. a. die geradezu unfrümmige Weizeninjektur behindert, die deutschen Mühlen, die jetzt still liegen, zur Aufnahme von Getreide und zum Arbeiten befähigt, ihre Selbstkosten also herabgesetzt und somit auch das Endprodukt verbilligt. Die Wiedereinführung des alten, guten Grundgesetzes: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“ sowie die von der Reichsregierung geplante Herabsetzung der Umsatzsteuer dürften dazu mitwirken, die Bodenpreise trotz einer eventuellen Auswirkung der Zölle nach menschlicher Berechnung in absolut erträglichen Grenzen zu halten. So bedeutet z. B. die Differenz der Mehlpresse zwischen Berlin und München von 50 Proz. eine absolut ungerechtfertigte Spannung, zeigt aber im übrigen, daß der Getreidepreis auf den Brotpreis keine ausschlaggebende Wirkung hat.

Agrarzölle, wenn sie maßvoll sind, bewirken unbedingt die Hebung der heimischen Agrarproduktion, desgleichen aber auch mit dem Steigen der Kaufkraft der Landwirtschaft die Hebung der industriellen Produktion, somit also bessere Arbeits- und Lohnbedingungen bei der Industrie.

Im übrigen sind bekanntlich vor zwei Jahren die autonomen Industriezölle wieder eingeführt, sie sind sogar zum Teil erhöht. Diese auszubauen wird ernstlich von keiner Seite verlangt. Es ist aber vollauf wirtschaftlich ein Uebel, Industriezölle aber keine Agrarzölle zu haben, da dann die durch Zoll nicht geschützte Landwirtschaft die durch den Industriezoll geschützten und verteuerten Produktionsmittel von der Industrie kaufen müßte. — Wahrung der Parität auf diesem Gebiet ist eine Selbstverständlichkeit.

Auf die Frage: „Welche Auswirkung haben Agrarzölle auf die Lebenshaltung der Arbeiter?“ erwiderte der Reichsminister:

Man braucht eine fähbare Verteuerung, ohne Optimist zu sein, überhaupt nicht zu befürchten, wenn es gelingt, die Zwischenstellen zwischen Agrarproduzenten und Verbraucher auf allen Gebieten zu einer Preisformierung zu bewegen, die unerlässlich und besonders berechtigt ist nach Eintreten der vorgenannten Erleichterungen, wie z. B. Abbau der Umsatzsteuer, Wiederherstellung des Geschäftes, vor allem aber bei der getreide- und fleischerarbeitenden Industrie. Zur Erreichung dieser Preisformierung wird die Regierung keine Mittel unversucht lassen.

Im übrigen trägt bekanntlich immer das Ausland einen Teil der Zolllast, vor allem bei reichlichem Auslandsangebot. (Siehe Begründung des Gesetzentwurfs.)

Eine mittelbare Auswirkung der Zölle auf die Lebenshaltung, die höchstens vorübergehend sich ausdrücken könnte, und die dann Lohnhöhungen zur Folge haben müßte, fürchte ich nicht, weil die bessere Beschäftigung der Industrie infolge der Wiederherstellung der Kaufkraft der Landwirtschaft bessere Lohnbedingungen einerseits und Verbilligung der Urprodukte und auch der Endprodukte auf allen Gebieten zur automatischen Folge haben müßte.

Die größte Belastung des Verbrauchers entfällt jedenfalls immer durch den Rückgang der heimischen und industriellen Produktion!

Eine weitere Handhabung der Kartellgesetzgebung dürfte das Ihre dazu tun, die Preisringe zugunsten des Verbrauchers zu brechen.

Es wird der Reichsregierung der Vorwurf gemacht, sie wählte den Augenblick zur Einbringung der Zollvorlage denkbar ungeschickt, weil sich die Zölle vor Wiederaufrichtung der Zollgrenze im Westen sowieso nicht auswirken könnten. Dieser Vorwurf ist ungerechtfertigt. Wir müssen bereits vor Eintreten fester Wirtschaftsgrenzen im Westen die Zollvorlage erliegen lassen, denn diesen Zeitpunkt ohne Zölle abzuwarten, hieße die unausbleibliche Klärung dieser Frage nur verschleppen und sie mit Bestimmtheit verschärfen und komplizieren. Im übrigen ist bereits heute ein Zollschutz nötig, da östliche Länder Roggen bereits weit unter dem deutschen Preis anbieten.

Ein Teil der Presse sieht in dem Steigen der Preise an der Produktionsbörse lediglich die Folgewirkung der Zollvorlage und der Ausfuhrfreigabe. Beide Annahmen sind nur bedingt zutreffend. Der Hauptgrund für das Steigen der Getreidepreise ist die überraschende Hausse auf dem Weltmarkt. Im übrigen zeigt sich natürlich immer bei Eintreten solcher Momente eine gewisse Spekulation auf der Getreidebörse, die sich auf Termingeschäfte bezieht, die aber nur vorübergehenden Charakter haben dürfte. An und für sich könnten alle, die es wirklich mit der Sicherung der Volksernährung zu meinen, froh sein, wenn allein die Zollvorlage und die Ausfuhrfreigabe tatsächlich eine angemessene Erhöhung der allseits als viel zu niedrig anerkannten Getreidepreise bringen würde. Es wird der Reichsregierung vorgeworfen, sie hätte mit der Zollvorlage einen „unvorhergesehenen Ueberfall“ auf das deutsche Volk unternommen. Das stimmt nicht. Der Reichswirtschaftsrat hat in jüngster Zeit monatelang über dieses Thema verhandelt und der Regierung ein in aller Deffenlichkeit bekanntes präzises Gutachten an die Hand gegeben, welches als sachliche Unterlage für die Vorlage gelten muß.

Für jede ihrer Verantwortungen bewußte Regierung darf die Fragestellung nicht lauten: „Wie schaffe ich dem Volke für die allernächste Zeit möglichst billiges Brot?“ sondern sie muß lauten: „Wie sichere ich voraussehend dem Volke auch für die Zukunft Brot zu erträglichen und vor allem gleichbleibenden Preisen?“ Da Ernährungsprobleme, wie eingangs erwähnt, vorzügliche Politik sein muß, konnte die Beantwortung dieser Frage nur in der heutigen Gesetzesvorlage gefunden werden. Jede andere Regierung würde freiwillig oder unfreiwillig sehr bald vor derselben Frage stehen und unter dem Druck der katastrophalen Wirtschaftslage, die durch andere Mittel kaum zu beheben ist, zwangsläufig zu derselben Antwort kommen, die auszuspochen oder gar in die Praxis umzusetzen, sicherlich sehr unpopulär, deshalb aber nicht weniger notwendig ist. Im übrigen handelt es sich heute, wie nochmals ausdrücklich bemerkt sei, um die unerlässliche Schaffung eines Preisniveaus und um die Ausfüllung eines Volumens aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen. Jede Art von Zellen ist immer nur ein notwendiges Uebel. Die Grundfrage, ob und inwieweit wir in Zukunft Zollpolitik treiben sollen, wird bei den Verhandlungen über den neuen Zolltarif, die aber noch in weitem Maße liegen, aufgerollt und ausgeprochen werden. Aus ernährungspolitischen und handelspolitischen Gründen ist die sofortige Vorlage unerlässlich.

Der Reichsernährungsminister hat endlich die Begründung seiner Zollvorlage nachgeliefert. Die Begründung ist wie das Gesetz selbst: sie geht aus vom engsten Gesichtskreis großagrarischer Interessen. Sie tut den Tatsachen und Erfahrungen des Wirtschaftslebens Gewalt an.

Wir begnügen uns für heute, die größten Unrichtigkeiten dieser Begründung aufzuzeigen.

Der Schutz Zoll führt nicht zur Intensivierung, er verewigt vielmehr die extensive Wirtschaft, so weit sie heute betrieben wird, und gewährt dafür den Besitzern besserer Böden und den Großagrariern eine Differentialrente.

Die Behauptung, daß der Schutz Zoll keine Brotpreissteigerung und damit keine Senkung der Lebenshaltung der Massen nach sich ziehe, schlägt den Erfahrungen ins Gesicht, die die arbeitenden Massen in Deutschland mit den Schutzzöllen nach 1902 gemacht haben.

Es ist volkswirtschaftlich Unsinn, daß der Schutz Zoll für Agrarprodukte und die damit verbundene Preissteigerung eine Senkung der Preise für Industrieprodukte und damit des gesamten Preisniveaus nach sich ziehen würde. Im Gegenteil: die Folge ist die Verteuern der Produktion, damit die Erschwerung des Exports, zugleich aber auch die Schwächung des inneren Marktes. Statt des lockenden Bildes, das Graf Kanitz malt: keine Arbeitslosigkeit mehr, höhere Löhne, wird sich ein anderes, nur zu trübes zeigen: Stokung der Produktion, wachsende Arbeitslosigkeit, allgemeine Teuerung, Hunger!

Die Argumente und Behauptungen, die Graf Kanitz zur Verteidigung seiner Vorlage gebraucht, hat nicht einmal der Reichslandbund aufzustellen gewagt! Die Seelenderwandtschaft zwischen dem Reichsernährungsminister und dem Reichslandbund tritt in dieser Verteidigung nur zu deutlich hervor. Die Vorlage ist ein Anschlag gegen die arbeitenden Massen im Interesse des Großagrariertums, und Graf Kanitz glaubt, er könne mit volkswirtschaftlichen Ammenmärchen ihren wahren Charakter verbergen.

Der Pressekonflikt beigelegt.

Der Pressekonflikt, über den wir gestern morgen berichtet haben, ist inzwischen beigelegt worden. Mitglieder des zurückgetretenen Vorstandes vom Verein der Ausländischen Presse in Berlin haben dem Pressesekretär der Reichsregierung und dem Außenminister Dr. Stresemann ihr Bedauern über Form und Ton des Schreibens ausgesprochen, das der Vorstand an die Zentralbehörden abgehandelt hatte. Diese Entschuldigungen sind entgegengenommen worden, und der gesellschaftliche Konflikt zwischen Regierungsmitgliedern und Auslandsjournalisten ist damit beigelegt. Selbstverständlich wird dadurch der sachliche Inhalt der Wünsche und Beschwerden der Auslandsjournalisten nicht betroffen. Der Verein hat inzwischen folgenden neuen Vorstand gewählt: L. Borl. F. Voigt (Manchester Guardian), stellv. Borl. George Blun (Frankreich). Ferner setzt sich der Vorstand zusammen aus: Koenigsmid (Holland), Betschi (Ungarn), Damgreen (Schweden), Rognois (England), Schapin (Amerika), Wiß Schulz (Amerika), Ronelli (Italien), Tammar (Spanien) und Frau Dr. Keith (Russland).

Gewerkschaftsbewegung

Auf die StraÙe.

Wannheim, 14. Juli. (ZfA.) Die Firma Heinrich Benz macht ihre Betriebskraft durch Anschlag bekannt, daß sie sich gezwungen sieht, vom nächsten Sonntag an ihren Betrieb stillzulegen und die gesamte Arbeiterschaft, etwa 5000 Mann, zu entlassen, sowie zu dem nächsten zulässigen Termin sämtlichen Beamten und Angestellten zu kündigen. Als Grund wird Geld- und Kreditmangel angegeben. Die Verhandlungen des Betriebsrates der Firma mit dem Arbeitsministerium in Karlsruhe verliefen ergebnislos, da dieses sich aufstandsartig, dem Ersuchen der Firma um Staatskredit Folge zu geben.

Wannheim, 14. Juli. (ZfA.) Die Automobilfabrik Kadag-Bugatti hat angekündigt, daß sie von Dienstag an zwei Drittel ihrer Arbeiter entlassen wird.

Reklamationen, wie die vorstehenden, gehen uns jetzt täglich zu. Es geht aus ihnen zunächst hervor, daß es immer die Arbeitnehmerschaft ist, die für die Unfähigkeit und Kurzsichtigkeit der Unternehmer zu büßen hat. Zahlreich hat das Unternehmertum in Deutschland, getrieben von egoistischen Gewinnmotiven, ohne Rücksicht und ohne Voraussicht auf die unvermeidlichen wirtschaftlichen Folgen, mit der Inflation gearbeitet, auf den Zusammenbruch der Mark spekuliert. Es war ja so schön! Steuern bezahlte man so gut wie überhaupt nicht, ja, man konnte noch mit den Beiträgen und Steuern, die den Arbeitern und Angestellten vom Lohne abgezogen wurden, spekulieren. Die Reallöhne schrumpften zu einem lächerlich geringen Satz zusammen, die Gewinne dagegen schwoften ins Phantastische.

Alle Warnungen, die insbesondere von sozialdemokratischer Seite erhoben wurden, schlug man in den Wind. Alle Versuche, die Mark zu stabilisieren, wurden sabotiert. Es kam der Ruhrkrieg, für den die Arbeiterschaft bluten mußte und den das Bürgertum so führte, daß er mit einem fürchterlichen Zusammenbruch endete.

Nun ist das Betriebskapital, das immer Leihkapital ist, verpulvert, verbrannt, ins Ausland verschleudert und verschoben, an die Aktionäre unter den verschiedensten Formen verschont. Im Betriebskapital aufzunehmen, müssen Wucherzinsen gezahlt werden, soweit man überhaupt Kredit bekommen kann. Da die Industrie keinen Kredit bekommt, kann sie auch keinen geben.

Aber nicht dadurch allein wird die Industrie in ihrer Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt. Während der Inflationsjahre hat man den technischen Ausbau der Betriebe, ihre Fortentwicklung und Rationalisierung vernachlässigt. Das rächt sich jetzt. Die Arbeiterschaft aber ist es, die dafür büßen muß. Von ihr verlangt man jetzt, sie soll an die Regierung herantreten, damit diese durch billige Kredite der Industrie aushilft.

Wir können die Arbeiterschaft nicht ernst genug davor warnen, sich etwa zum Handlanger einer derartigen verschleierten Inflationsspekulation herzugeben. Wie die Dinge liegen, gibt es gegenwärtig praktisch nur eine Möglichkeit, aus der Kreditkrise herauszukommen: das ist die Annahme und schnelle Durchführung des Sachverständigengutachtens. Sobald die Goldnotenbank errichtet sein wird, werden auch die Kreditwierigkeiten, unter denen die deutsche Industrie leidet, behoben sein. Nicht behoben sein wird allerdings die Schlampelei in der Betriebs- und Kalkulationsführung, die sich während der Inflationsperiode in der deutschen Industrie eingenistet hat und bei weitem noch nicht ausgeremert ist.

Feststellen müssen wir weiter, daß die Regierung sehr schnell bei der Hand ist, um den Agrariern durch Kredite beizuhelfen, um durch die Freigabe der Ausfuhr ihnen aufzuhelfen und durch die Einführung von Schutzzöllen Sondergewinne auf Kosten der großen Verbrauchermassen zuzuführen.

Und während man täglich Zehntausende auf die StraÙe wirft, die Betriebe einschränkt, führt das Unternehmertum, unterstützt von der Regierung, einen hartnäckigen Kampf um die Verlängerung der Arbeitszeit.

So werden die schärfsten Interessengegenstände hervorgerufen, von der Regierung gefördert, und dann stellt sich der Reichstanzler hin und befragt sich, daß man in so scharfer Weise die Interessengegenstände austrage. Eine derartig einseitige Klassenkampfpolitik, wie sie gegenwärtig von den Unternehmern und der Reichsregierung auf Kosten der Arbeiterschaft geführt wird, muß die schärfste Abwehr der Arbeiterschaft hervorrufen.

2000 Arbeiter der Opel-Werke entlassen.

Mainz, 15. Juli. (ZfA.) Die Opel-Werke in Rüsselsheim haben 2000 Arbeiter entlassen.

Die Handlanger der Unternehmer.

Der ADBB bereitet eine Volksabstimmung über die Ratifikation des Washingtoner Abkommens vor. Es ist höchstwahrscheinlich, daß bei einer allgemeinen Volksabstimmung eine große Mehrheit sich für den Achtstundentag ergibt, und so dem Streben der Unternehmer nach der Verlängerung der Arbeitszeit eine Schranke gezogen wird. Dagegen tobten die Unternehmer und ihre Presse — mit ihnen aber auch die Kommunisten. Die „Welt am Abend“, das kommunistische Abendblatt der „Roten Fahne“ schreibt:

„Wir hatten eine allgemeine Volksabstimmung ebenfalls nicht für angebracht. Kein ausreicher Arbeiter oder Angestellter oder Beamter wird für eine längere Arbeitszeit für sich stimmen. Eine solche Abstimmung würde höchstens zeigen, wie viele Arbeiter wieder geistig in die Knechtschaft der Unternehmer geraten sind. Diese werden allerdings gegen ihre bessere Überzeugung und gegen ihre eigene Gesundheit sowie gegen ihr eigenes Interesse für die Profitinteressen der Unternehmer stimmen.“

Unter so fadenförmigem Vorwand soll also der Kampf um den Achtstundentag von den Kommunisten gemeinsam mit den Unternehmern sabotiert werden. Das verlogene kommunistische Organ behauptet weiter, im ADBB seien in der Frage des Volksentscheids ernsthafte Differenzen. Es versteigt sich zu folgender Lüge:

„Die Anhänger des Achtstundentages sind gegen die Volksabstimmung, während die Anhänger des Wiederaufbaues der Wirtschaft auf Kosten der Arbeiter für die Volksabstimmung und für die verlängerte Arbeitszeit sind.“

Durch den Volksentscheid werden die Kommunisten vor die Frage gestellt, ob sie den Achtstundentag mit der Masse der Arbeiter wieder erobern wollen. Angesichts dieser klaren Entscheidung, wo es ein Ja oder ein Nein gibt, und für kommunistische Doppelzüngigkeit kein Platz ist, treten sie an die Seite der Unternehmer. Sie wollen, daß die Arbeiter weiter unter dem Reun- und Zehnstundentag leiden, um dann zu hehen — nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen die Arbeiterorganisationen.

Die Aktion des ADB.

Die Erregung in der unteren Beamtenschaft über die neue Besoldungsregelung ist weit entfernt, zum Stillstand zu kommen. Das ist um so begrifflicher, als die Forderung wächst und durch die Regierungspläne noch gesteigert wird. Dazu kommt die Steigerung der Mieten, die die geringfügigen Gehaltszulagen völlig aufhebt, sofern diese überhaupt ausreichen. Die Enttäuschung und Empörung ist bei den Beamten, die am 4. Mai der jetzigen Reichstagsmehrheit zum Siege verholfen haben, nicht weniger groß wie bei den sozialdemokratisch gesinnten Beamten. Bei jenen ist sie vielleicht noch größer, weil sie sich betrogen fühlen. Auch in der Polizeibeamtenschaft, die zu den unteren Besoldungsgruppen gehört, herrscht eine begriffliche Erregung.

Die Beamtensorganisationen, auch diejenigen, die den bürgerlichen Parteien nahestehen, werden mit Zuschüssen aus den Mitgliederbeiträgen geradezu überschüttet. Der Allgemeine Deutsche Beamtenschaft hat eine umfassende Aktion unternommen, um das Unrecht, das an den Unterbeamten ausgeübt wurde, zu befeitigen. Er hat an die Fraktionen des Reichstages Eingaben gerichtet, die die Befreiung der Ermäßigungsordnung, die Aufstellung einer neuen Besoldungsordnung unter Mitwirkung des Reichstages und die Befreiung des Besoldungsperrgesetzes verlangen. Andere Anträge des ADB beziehen sich auf die Personalabbauverordnung. Schließlich ist daran zu erinnern, daß der ADB teilnimmt an der Aktion der gewerkschaftlichen Spitzenverbände gegen die Verbeuerung der Lebenshaltung durch die Schutzollgesetze.

Der Verständigungswille der Unternehmer.

Die „Baugewerkschaft“, das Organ des christlichen Bauarbeiterverbandes, veröffentlichte in ihrer Nr. 27 ein Rundschreiben der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, der Spitzenorganisation der Unternehmer, als deren Vorsitzender der bekannte Fabrikant Borfig figuriert. Das Rundschreiben trägt den Titel: „Betreffend Arbeitstempel im Baugewerbe“ und ist vom 7. Mai datiert. Wir geben aus dem umfangreichen Rundschreiben folgende charakteristische Stellen wieder:

Die im Baugewerbe bestehenden Reichstarife, die zum Teil auf die Zeit vor dem Kriege zurückgehen, waren am 31. März abgelaufen. Da in den Verhandlungen über die Erneuerung eine Einigung, insbesondere über die Frage der Arbeitszeit und des Urlaubs, nicht erzielt werden konnte, ist vom 1. April an im gesamten Baugewerbe, Hoch-, Tief- und Betonbau, ein tarifloser Zustand eingetreten.

Die derzeitige Lage ist dadurch gekennzeichnet, daß in den hauptsächlichsten Bezirken Lohnforderungen von 1 M. und darüber für den Facharbeiter gestellt werden, und daß die Arbeitnehmerorganisation an der 48-Stunden-Woche unter allen Umständen festhält und zu einer Vereinbarung über Mehrarbeit nicht zu bekommen ist. Dies hat zur Folge, daß überall in Deutschland das Baugewerbe teils in Kämpfen um Lohn und Arbeitszeit, teils unmittelbar vor solchen Kämpfen steht. Es handelt sich um eine über das ganze Reich gehende Bewegung, die von Gewerkschaftsseite zweifellos zentral geführt wird und bei der die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes aus taktischen Gründen eine Zentralisation zurzeit vorgenommen haben. Dies hat übrigens auch zur Folge, daß im gleichen Bezirk die Verhältnisse für die drei verschiedenen Arbeitgebergruppen des Baugewerbes nicht einheitlich liegen.

(Folgt Darstellung der damaligen Kampflage.) Dieser kurze Vorgebericht zeigt deutlich, in welcher Schwierigkeit sich das Baugewerbe zurzeit befindet, zeigt aber auch die Wichtigkeit dieser sich über das ganze Reich erstreckenden Kämpfe für die übrige Industrie und damit für die gesamte Wirtschaft. Würde das Baugewerbe den Kampf verlieren, so würde es auf eine Lohnhöhe von 70 Pf. bis 1,20 M. die Stunde kommen. Eine Rückwirkung dieser Lohnhöhen auf die Löhne der Industrie, auf die des Bergbaues und damit möglicherweise auch auf die Staatsarbeiter (Eisenbahn und Post) wäre unvermeidbar. Was dies für die deutsche Wirtschaft und Währung bedeuten würde, braucht nicht näher auseinandergelegt zu werden. Desgleichen würde es eine außerordentlich ernst zu nehmende Rückwirkung haben, wenn eine Verlängerung der Arbeitszeit im Baugewerbe nicht durchgesetzt werden könnte. Diese Rückwirkung würde sich vor allem äußern in einer Verteuerung der Bauten und einer wesentlichen Erschwerung der Verhandlungen über die Verlängerung der Mehrarbeitsabkommen im Ruhrbergbau und der eisen-schaffenden Industrie, wo diese Verhältnisse an und für sich sehr schwierig liegen.

Aus dieser Überlegung dürfte sich ergeben, daß die Industrie selbst das größte Interesse daran haben muß, das Baugewerbe in dem ihm auszuwegenen Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. Es folgen dann detaillierte Anweisungen über die Maßnahmen, die zur Unterstützung der Bauunternehmer zu treffen sind: Bei Ausführungen von Bauten dürfen keinerlei Zugeständnisse gemacht werden. Den sozialen Baubetrieben dürfen keine Aufträge erteilt werden. Bei Aussperrungen müssen auch die Bauarbeiter, die auf Bauten beschäftigt sind, die von Industriellen in eigener Regie ausgeführt werden, gleichfalls ausgesperrt werden. Aussperrung und streikende Bauarbeiter dürfen nicht eingestellt werden. Die Baustoffindustrie soll über das Kampfgelände die Materialsperrung verhängen.

Alle diese und noch andere Kampfmaßnahmen werden getroffen oder empfohlen, weil die Bauarbeiter am Achtstundentag festhalten und mit ihren Löhnen wieder annähernd an die gewöhnlich zu üblichen Barkriegsgehälter herankommen möchten. Das sind so beschreibende, eigentlich selbstverständliche Arbeitsbedingungen, daß darüber kein Wort zu verlieren wäre. Es charakterisiert vortrefflich den Geist rückständigsten Scharmachertums der DDB, daß deswegen der ganze Apparat in Bewegung gesetzt wird, als gäbe es das Recht und höchste zu verteidigen.

Auf den überheblichen nationalökonomischen Unsinn des Rundschreibens einzugehen, erübrigt sich. Der verblödete Geist, die sozialistische Einsicht, wovon man in der DDB so gern in östigen Tönen redet, kann es nicht dulden, daß schwer arbeitende Saisonarbeiter, wie es die Bauarbeiter sind, Löhne bekommen, bei denen sie nicht gerade verhungern, und daß sie festhalten am Achtstundentag, den ein großer Teil von ihnen schon vor dem Kriege erkämpft hatte. Das ist der „Verständigungswille“, der heute in der Spitzenorganisation der Unternehmer triumphiert.

Die Bäckermeister wollen streiken.

In der „Bäcker- und Konditorzeitung“, Organ des Zentralverbandes der Bäckerinnungen, „Germania“, des Verbandes der Fachvereine von Bäckermeisterhöfen (so etwas gibt es!), des Arbeitgeberverbandes für das Bäckergewerbe usw., finden wir in Nr. 168 in der Beilage „Mitteilungen für Groß-Berlin“ einen Bericht von der Quartalsversammlung der Bäckereinnung Schöneberg-Friedenau. In diesem Bericht heißt es:

Als der Obermeister mitteilte, daß der Verhandlungsfall (des Verbandstages) mit schwarz-rotgoldenen Fahnen dekoriert werden soll, brach in der Versammlung ein anhaltender Entrüstungsturm los. Der Obermeister hatte große Mühe, sich durchzusetzen. Warum werden nicht unsere schönen Bäckerfarben sowie die preussischen Farben zur Dekoration genommen? Es ist nicht nötig, daß die neuen Landesfarben genommen werden. Die Versammlung beschloß einstimmig, daß der Vorstand an den Geschäftsführenden Vorstand des Germania-Verbandes und an den Zweigverband der Bäckermeister von Groß-Berlin ein geharnischtes Protestschreiben sendet und darin verlangt, daß zur Dekoration nur unsere Bäckerfarben sowie die Innungsflaggen genommen werden. Sollte gegen Erwarten unsere Forderung nicht Gehör finden, so beteiligt sich kein einziges Mitglied unserer Innung an den Verbandstagen. Vom Vorsitzenden des Innungsangestelltenvereins wurde erklärt, daß der Gesangsverein sich dann auch nicht an den Gesangsvorführungen beteiligt. Der Obermeister beruhigte die erregten Gemüter und sprach die Hoffnung aus, daß unsere Wünsche in Erfüllung gehen.

Also, wenn die Reichsfarben gekloppt werden, streiken die Bäckermeister von Schöneberg-Friedenau. Sie finden nicht mehr mit. Sie machen nur noch „anhaltenden Entrüstungsturm“ und „geharnischtes Protestschreiben“. Die Bäckermeister der Innung Schöneberg-Friedenau sind auf der Höhe ihrer Zeit. Sie sind Patrioten. Nieder mit den Reichsfarben!

Sozialpolitischer Fortschritt im Saargebiet.

Saarbrücken, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion des saarländischen Landestages soll jetzt endlich die Verschmelzung der Knappschafftsvereine des Saargebietes nach dem Vorbild des Reichsknappschafftsvereines erfolgen. Auch eine Erhöhung der Pensionsbezüge und der Invaliden- und Unfallrenten soll vorgenommen werden. Allerdings hat sofort die französische Grubenverwaltung starke Bedenken gegen die Aufnahme von Gewerkschaftsvertretern in den Vorstand und von Vertrauensleuten der Bergarbeiter in die Verwaltung geltend gemacht. Mit anderen Worten: Die Völkervereinigung für das Saargebiet hat wieder einmal zunächst die allem vorangehende Meinung der französischen Bergarbeiterdirektion eingeholt, bevor sie ihren Schritt machte, für den sie nach dem Verfall der Vertrag lediglich der Begutachtung des Landesrates bedürfte. Die Bezirkskonferenzen des Alten Bergarbeiterverbandes haben der Reform zugestimmt. Außerdem fordern sie aber neben einer Erhöhung der Bezüge in der Knappschafftsvereine, Invaliden-, Unfall-, Hinterbliebenen- und Angehörtenversicherung den Abschluß eines Freizugrechts- und Gegenseitigkeitsvertrages mit dem Reichsknappschafftsverein. Damit würde zugleich eine Wahrung der Rechte derjenigen deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten der Saargruben erfolgen, deren sich der preussische Landtag bei der Beratung des Berghaushalts auf sozialistischen Antrag hin angenommen hat. Danach sollen bekanntlich die wegen ihrer deutschen Bestimmung gemehrten Arbeiter, Angestellten und Beamten des französischen Saarbergbaues in preussischen Dienst übernommen werden, wobei sie die vorgeschlagene Regelung vor jeder Kürzung ihrer Rechte bewahren würde.

Neuabschluss des Tarifvertrages der Werksteingruppe.

Die Arbeitszeit beträgt auf dem Werkplatz pro Tag 8 Stunden, am Bau ist die Arbeitszeit der Maurer einzuhalten, jedoch nicht über 8 Stunden pro Tag. Wenn in Ausnahmefällen Überstunden geleistet werden müssen, wird wie bisher ein Zuschlag von 30 Proz. gezahlt.

Aufarbeiten alter Treppenstufen, Granit, Sandstein und Kunststein in geschlossenen Räumen wird mit 5 Proz. Zuschlag als Staubzulage belegt. Sämtliche Arbeiten werden nur in Stundenlohn ausgeführt, der Stundenlohn beträgt ab 2. Juli bis 13. August für Steinmetze 98 Pf., für Hilfsarbeiter 71 und 74 Pf., ab 14. August bis 30. September für Steinmetze 1 M., Hilfsarbeiter 72 und 75 Pf. Alle anderen Bestimmungen sind wie im alten Tarifvertrag geblieben.

Laut Vorstandsbeschluss werden sämtliche im Steinarbeiterverband organisierten Kollegen aufgefordert, für die schon seit 6 Wochen im harten Kampf befindlichen Kollegen (Eisensteher u. d. m. Berufe Leipzig) auf Listen Sammlungen vorzunehmen. Alle Gelder sind sofort im Bureau: Gewerkschaftshaus, Eingang B, Zimmer 82, abzuliefern. Kollegen, übt Solidarität! Die Disziplinierung. J. A. A. Wenzel.

Der Etat des Reichsarbeitsministeriums.

Der Reichshaushaltsausschuß des Reichstages tritt am Sonnabend, 19. Juli, vormittags 10 Uhr, zu Verhandlungen, voraussichtlich über den Etat des Reichsarbeitsministeriums zusammen. Diefem sind bekanntlich unterstellt: Das Tarifvertrags-, Lohn- und Einigungsstellen, die Pflege der Betriebsverfassung, das Wohnungs- und Siedlungswesen, die gesamte Sozialversicherung einschließlich des Krankentassenwesens, die Versorgungsstellen, das Reichsvorleistungsgericht, die Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge, die Kriegsinvalidenhäuser usw. Der Etat erfordert einen Zuschuß von 440,7 Millionen Mark.

Die Firma Ideal, Schuhfabrik, Andraastr. 32, klopft für organisierte Kollegen weiter gespannt, da eine Verständigung mit der Firma nicht zustande gekommen ist. Nähere Informationen sind im Bureau des Zentralverbandes der Schuhmacher, Engelauer 24, einzuholen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Musikinstrumentenarbeiter! Donnerstag, nachm. 5 Uhr, im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147, Funktionärerversammlung. Alle Betriebe müssen vertreten sein. Bericht über die Lohnverhandlungen. Die Bronchenleitung.

Zentralverband der Schuhmacher. Generalversammlung am Donnerstag abends 6 Uhr in Vorleser Festhallen, Weberstr. 17, Tagesordnung: 1. Vortrag über das Krankentassenwesen, 2. Rollen- und Geschäftsbericht für das zweite Quartal 1924. Ohne Mitgliedschein kein Zutritt.

IFA-Funktionäre der Metallindustrie! Donnerstag, den 17. Juli, abends 7 Uhr, Künstler-Haus, Kaiser-Wilhelm-Str. 3031, wichtige Versammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zu dem Verhandlungsergebnis mit dem ADBB zur Regelung der Zulagebesätze. IFA-Reliastortell. Günther. Lange. Roth.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Fritz Salomon; Gewerkschaftsbewegung: J. Götter; Justiz: Dr. John Schillwald; Verkehr und Sonstiges: Walter Trajan; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage.



Cavalin an Sommertagen schaffst unendliches Behagen.

Der Streupuder gegen Schweiß und dessen Wirkungen. — Für Sport und Wandern. Herstellerin W. Spindler A.-G., Berlin C. 19



Hühneraug' auf Zeh' und Sohl' Wirst du los durch Lebewohl!

In Drogerien und Apotheken. Verlangen Sie ausdrücklich „Lebewohl“ mit Filzring.

Laß Dir nich uff de Hühnerogen treten.

Der Oberquell des Reklamedes der Weltfirma in Groß-Salze scheint sich also, den guten Beispielen der neuesten Zeit folgend, unter Geschäftsaufsicht gestellt zu haben. Sein Reichtum ist erschöpft. Eine Idee, die einzige Säule, zeugt von der ehemaligen Pracht, und diese, bekannte kapitalistische Vorbilder nachahmend, ist die Idee, andere für sich arbeiten zu lassen, andere für das bekannte nicht zu überreizende Mittel Reklame machen zu lassen. Und um dies zu erreichen, hat der Reklamedes von der Weltfirma aus Groß-Salze noch einmal seinen Geist angestrengt und also der aufhorchenden Mit- und Nachwelt in einem Preisauschreiben (Ede, du tommst mir so bekannt vor) verkündet: Es wird folgendes verlangt: Wie ist es mit dem geringsten Aufwande, ohne gegen die Befehle zu verstoßen und ohne daß irgendeine behördliche Genehmigung nötig ist, zu erreichen, daß in einer beliebigen deutschen Stadt von mindestens 50 000 Einwohnern Kufrol oder Kufrol-Fußbad mindestens einen Tag das allgemeine Gespräch bildet? Schade, daß der durch den freiwilligen oder unfreiwilligen Rücktritt hitler's freigeordnete Trompeterposten bei den Nationalsozialisten dank dem Ballballanwärter Ludendorff schon besetzt ist. Straffer wird die Sache nicht besser machen. Und der Preis: eine 14tägige Erholungsreise. Das Hotel bestimmt die Firma. Sie wird die Auswahl so treffen, wie es der Bedeutung der Weltfirma (in Groß-Salze bei Magdeburg) (Ede, benimm dir, zieh den Smoking an) entspricht. Ich bekenne mich geschlagen und werde mich mit den Brautpaaren, die dadurch zu einer kostenlosen Hochzeitsreise kommen, mit den Ehefrauen, damit sie künftig jede Opposition gegen einen neuen Hut oder gegen sonstige Ausgaben mit der Erwiderung niederschmettern können: Dafür hat dich die Erholungsreise nichts gekostet; Ehemännern, die etwas gutzumachen haben oder bis zur Entscheidung voraussichtlich etwas gutzumachen haben werden; Allen, die einmal 14 Tage lang die Mühsorgen abhütten und ein Stück schönen, deutschen Landes sehen und genießen wollen, an dem Wettbewerb beteiligen. Aber wenn ich nun nicht das Glück habe, den ersten, zweiten, dritten Preis zu bekommen. Nur gemacht, die ersten Preise sind für Herz, Gemüt und für den Magen. Auch für die Bildung muß von Groß-Salze aus etwas getan werden. Beinahe hätte ich mich versprochen und erklärt, mit jedem Wurf über achtzehn kannst du einen Goethe gewinnen. Na, in diesem Schreiben mußst du schon Goethe ebensbürtig sein (Reklamedes mußst du haben), dann kannst du Goethes Werte gewinnen, und damit du auch an Deutschlands glorreichste Jahre, an den Weltkrieg, erinnert wirst, hat die Weltfirma in Groß-Salze 16 Seetouren geremittelt (das bekannte Buch des bekannten Grafen Ludner. Waren sie wirklich nicht anders loszumerden?). Auch zehn Exemplare von Arp's „Gedanken und Erinnerungen“ sind zu gewinnen. Dieses Werk des 1916 in „Ungnade gefallenen“ Schöpfers der deutschen Marine zeigt klar die Fehler, die vor dem Kriege und im Kriege begangen wurden. Schöne Reklame für die Monarchie, bei welcher die großen Geister und Propheten, die die Wahrheit immer da und dann sagen, wo sie ihnen nicht schadet, in Ungnade fallen. Diese Bemerkung war keine Reklame, Herr Reklamedes. Und nun, Pazifisten und Sozialisten, beteiligt euch eifrig an diesem Wettkampf der Geister, bei dem ganz Deutschland Zuschauer ist. Denn gewinnt ihr die Bücher, dann können sie keinen Schaden anrichten.

Beim Baden ertrunken!

Der Reichswasserfiskus zog nachmittags die Leiche des 15jährigen Freizeitlehrers Otto Zulage, Alle Labobstraße 103 wohnhaft gewesen, bei Treptow aus der Spree. Der junge Mann war am Sonntag beim Baden im Freibad Sadona ertrunken. Beim Baden im Müggelsee ertrank nachmittags gegen 4 Uhr in der Nähe des Müggelsees der 20jährige Kaufmann Billy Snaat aus der Kupptier Straße 29 vor den Augen seiner Angehörigen. Die Leiche konnte bald danach durch den Reichswasserfiskus geborgen werden.

Das Baden an verbotenen Stellen hat wieder derart überhand genommen, daß die Polizei ganz energisch gegen diese Gelegenheitsübertrater in deren eigenem Interesse vorgehen wird. Um ärztlich aufgeklärten Zweifeln zu begegnen, weist der Polizeipräsident nochmals darauf hin, daß nach der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten vom 23. Juli 1923 das Baden im Freien (außerhalb der Badeanstalten) auch im Zweigebiet Brih-Ranne, einschließlich Reiter Hofen, Prinz-Friedrich-Leopold-Ranal, ausschließlich der

Seen, jedoch einschließlich der Verbindungsstrecke zwischen Bohl-See und Kleiner Wannsee, von km 2,2 bis 2,5, verboten ist. Die Schuttpolizeibeamten sind angewiesen, auch vom Lande aus streng gegen das verbotene Baden einzuschreiten.

Ein nächtliches Erlebnis.

Sie stiehlt, wenn sie betrunken ist.

Ein unangenehmes nächtliches Erlebnis hatte ein Kaufmann H., der mit seinem Bruder eine Kneiptour unternommen hatte. Man landete zu später Abendstunde in einer perkwiegenen Weinstube und Diele in der Kleiststraße. Dem stark bezechten H. tat es hier die blondhaarige Hebe an der Bar an, die er dann auch nach Schluß des Geschäftes noch zu einem Glas Wein und Schnäpzen zu sich an den Tisch einlud. Der Bruder hatte inzwischen mit einer anderen Dame in einer Nische gegenüber Platz genommen. Voll der süßen Getränke versank H. bald in tiefen Schlaf. Diese Gelegenheit benutzte seine Gefährtin, die Bar-dame Helene L., um ihm seine goldene Uhr und Kette abzuzupfen und auch die Brillantnadel aus der Kravatte zu ziehen. Zufällig sah der Bruder in der anderen Nische, als die Diebin Uhr und Kette in ihr Wieder versetzte. Gleich darauf suchte sie nach der Toilette zu entschlippen, er stellte sie aber und zwang sie, die gestohlenen Gegenstände herauszugeben. Als der Bruder am nächsten Tage aus seinem Kauf erwachte, stellte sich erst heraus, daß auch die Brillantnadel fehlte. Da alle Vorstellungen, von der Bar-dame die Herausgabe der Radel zu erlangen, fehlgingen, sah man sich genötigt, Strafantrag zu stellen. Unter der Anklage des Diebstahls vor Gericht stehend, versicherte die Angeklagte mit der Miene der unschuldigen frommen Helene, daß sie von allem nichts wisse. Ihr sei nur so, als ob sie die Radel in das Sofa gesteckt habe. Wo die Radel dann geblieben sei, wisse sie nicht. Belastend war für die Angeklagte, daß sie schon mehrfach nordbestraft war, und zwar wegen genau in derselben Weise ausgeführten Diebstahls. Dafür hatte sie die Erklärung, daß sie in der Trunkenheit einen Hang zum Stehlen habe, sie pflege aber, sobald sie nüchtern gewesen sei, die gestohlenen Gegenstände wieder zurückzugeben. Das Landgericht III hielt die Angeklagte des Diebstahls für überführt und bestätigte die vom Schöffengericht erkannte Strafe von vier Monaten Gefängnis als zu Recht bestehend; jedoch wurde auf Antrag von Rechtsanwält Dr. Boeder der Haftbefehl aufgehoben.

Noch kein „Invalide“!

Wenn ein Arbeiter in die Jahre kommt, wird es ihm im Betrieb sehr bald unter die Nase gerieben, daß er eigentlich zu nichts Rechtem mehr zu brauchen sei. Wenn er aber selber sich als Invalide zu fühlen anfängt und nun seine Rechte aus der Invalidenversicherung geltend machen will, dann kann er die Ueberforderung erleben, daß ihm mit einem Male eine noch ziemlich ausreichende Erwerbsfähigkeit bescheinigt wird. Wie mühe und moralisch einer sein muß, um als Invalide anerkannt zu werden, das sieht der Arbeiter erst, wenn er seine Invalidenrente beansprucht. Ein Arbeiter, der dem Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands angehört und durch die Geschäftsstelle des Gaues Groß-Berlin einen schon mal gestellten Antrag auf Invalidenrente am 29. Januar erneuerte, wurde mit folgendem Bescheid vom 1. Juli abgefertigt:

Nach den in dem gegenwärtigen Verfahren über Ihren Gesundheitszustand abgegebenen ärztlichen Gutachten vom 29. 4. 24, 3. 6. 24 und 20. 6. 24 behindert die bei Ihnen festgestellte Gefähr-

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 16. Juli.

Tageseinstellung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorkörse. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.06 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht. 5.30—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 7.30 Uhr abends: Vortrag der Frau Ida Orloff: „Säbelchen“ (Jugendvortrag). 8 Uhr abends: Vortrag des Herrn Julius Urgiss: „Wie schreibt man einen Film?“ 9—11 Uhr abends: Blasorchester. Dirigent: Kapellmeister Carl Weitschach. 1. Alte Kameraden. Marsch. C. Tricke. 2. Ouverture zu „Die lustigen Weiber von Windsor“. Nicolai. 3. Die Glocken von St. Malo. Garotte, W. Rinner. 4. Aus schöner Zeit. Walzer. Waldteufel. 5. Sensation. Foxtrott. C. Weitschach. Während der Pause: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst. 6. Radiowellen. Potpourri. C. Morena. 7. An der Weser. Lied. Pressol. 8. O Frühling, wie bist du so schön. Walzer. Paul Lincke. 9. Apfelblüte. Intermezzo. L. Siegel. 10. Musinen-Marsch. Karl.

härtung mit geringer Herzvergrößerung, Schlaganfallsfolgen mäßigen Grades, chronische Mittelohrleitung links mit völliger Taubheit und die hochgradige Schwerhörigkeit Sie noch nicht derartig in Ihrer Erwerbsfähigkeit, daß Sie bereits als Invalide anzusehen wären; Ihr Renten Antrag mußte daher als unbegründet abgelehnt werden.“

Der Verband hatte dem Renten Antrag das Gutachten eines Spezialarztes beigelegt, der den Arbeiter aus längerer Behandlung kennt und ihn für erwerbsunfähig erklärt. Der Vertrauensarzt aber, der den Antragsteller vielleicht nur aus zwei oder drei Untersuchungen von kurzer Dauer kennen lernt, weiß es besser und sieht noch keine Invalidität. Man könnte den Bescheid fast komisch finden, wenn nicht die Sache für den davon betroffenen Arbeiter so traurig wäre. Der Verband wird übrigens Berufung einlegen und er hofft, beim Reichsversicherungsamt eine andere Aufassung durchzusetzen.

Ein merkwürdiger Widerspruch.

Wer hat geschlagen?

Nächtliche Vorkommnisse auf einer Polizeiwache wurden in einem Termin vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte behandelt. Der Angeklagte G. sollte nach der Anklage nach seiner Festnahme auf der Wache standhaft haben, die Beamten tödlich und wörtlich beleidigt und Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet haben. Der Angeklagte belandete, daß er in einer Januarnacht von zwei Unbekannten, scheinbar Ausländern, auf der Straße angegriffen und beleidigt worden war und die Feststellung dieser Personen veranlassen wollte. Er holte sich zwei Schuttpolizeibeamte und bezeichnete diesen zwei vor einem Bierlokal stehende Zivilisten als die Beleidiger. Die Beschuldigten entpuppten sich als Schuttpolizeibeamte in Zivil, die mit der Anrempelung tatsächlich nichts zu tun hatten. Anstatt sich nun aber mit der Entschuldigung des G. zufrieden zu geben, verlangten sie nun ihrerseits die Festnahme des Anschuldigers, und die Diensttuenden hatten auch nichts Besseres zu tun und nahmen den verdächtig G. zur Wache mit. G. bestritt, sofort auf der Wache Kadou gemacht zu haben, sondern wollte sich nur gegen die Art und Weise, wie er behandelt worden ist, zur Wehr gesetzt haben. Der Angeklagte gab auch zu, Schimpfparole gebraucht zu haben, doch hätte er sie in der Erregung über die ihm widerfahrene Behandlung gemacht. Er sei gestochen, beleidigt, an Händen und Füßen gefesselt geworden, und die Beamten hätten ihn auch geschlagen. Ein als Sachverständiger vernommener Sanitätsrat befandete, daß er bei dem Angeklagten am frühen Morgen nach der fraglichen Nacht am ganzen Arm etwa 20 blutunterlaufene breite Striemen festgestellt hätte, die ohne allen Zweifel von Schlägen herrührten. Die als Zeugen vernommenen Schuttpolizeibeamten beschworen, daß keiner von ihnen, so lange sie mit dem Angeklagten zu tun hatten, ihn geschlagen oder sonstwie unvorschriftsmäßig behandelt hätte. Der Angeklagte wäre von Anfang an aggressiv gewesen, und sie hätten die Pflicht gehabt, sich seiner mit allen Mitteln zu erwehren. Die Striemen müßte sich G. in der Zelle oder bei dem handgemachten zugezogen haben. Obwohl der Vorliegende ihnen vorhielt, daß der Angeklagte gar keinen Grund gehabt hätte, auf der Wache Widerstand zu leisten, da er sich frei von Schuld fühlen mußte, blieben die Zeugen bei ihrer Darstellung. Der Anklagevertreter stellte fest, daß die beiden im Amt befindlichen Beamten wohl formell richtig, vom praktischen Standpunkt aus betrachtet aber unklug gehandelt hätten, als sie G. festnahmen. Es wäre richtiger und einfacher gewesen, den Angeklagten wie auch die Beamten in Zivil auf die Geringfügigkeit der ganzen Sache hinzuweisen, um so für eine gütliche Erledigung zu sorgen. Der Angeklagte sei aber auf der Wache sehr ungeschickt aufgetreten und hätte die Beamten gereizt. Der Anwaltschaft sah trotz des Gutachtens als nicht erwiesen an, daß die Striemen von Schlägen herrührten. Er beantragte, den Angeklagten wegen des Widerstandes und der Beamteneileidigung zu 50 Mark Geldstrafe zu verurteilen. Der Verteidiger Dr. Kurt Rosenfeld berief sich auf die Auslagen einer Zeugin, die von einem rentierten Auftritte des Angeklagten nichts bemerkt hatte. Die Striemen bei dem Angeklagten könnten nicht fortgeleugnet werden. Der Beweis, daß der Angeklagte geschlagen worden sei, ist seiner Meinung nach erbracht. Der Angeklagte sei höchstens wegen der Beleidigungen strafbar, wobei ihm aber keine Erregung über die Behandlung anzurechnen sei. Das Gericht verurteilte trotz dem den Angeklagten dem Antrage des Anwalts gemäß, indem es als nicht erwiesen anah, daß G. geschlagen worden sei. Der Angeklagte behielt sich sein Einspruchsrecht vor.

Beim wilden Angein angehoffen. Gegen 11 1/2 Uhr nachts übertrafte der Fischermeister August Lunau aus Buchholz an dem Teich der städtischen Gutverwaltung Blankenburg vier Männer beim unberechtigten Angein. Da sie trotz wiederholter Haltrufe nicht stehen blieben, gab L. einen Schuß

Die Venus von Syrahus.

Von Clara Rakha.

Der erste Mensch, der es erfährt, war Frau Bruscoli, und sogleich regten sich mütterliche Gefühle unter ihrem Brusttuch. Wenn Renzo mit seinem Figurenmachen so viel Geld verdienen konnte, dann war er noch längst nicht der schlechteste Schwiegerjohn. Zudem, tausend Lire, das war wie ein Stempel, wahrscheinlich war er also doch „gottbegnadelt“.

Dann hörte es der alte Bagini. Was für ein Teufelskerl dieser Renzo war: für tausend Lire gab er seine Kopie ab, unter tausend Lire, nein, dann behielt er sie lieber selbst, sagte die kleine Fiametta. Gewiß, so mußte man es machen. Selbstvertrauen hatte der Renzo, das mußte man ihm schon lassen. Ganz wohl war ihm dennoch nicht bei der Geschichte. Hätte er nicht nochmals hingehen und sagen müssen: es ist ja nur eine Kopie und sie stammt von meinem Schüler?

Er ging aus dem Hause, er wollte nichts mehr von diesem Handel hören und sehen.

Dann aber kamen die Brüder Falconi.

Mit der ihnen eigenen heißen und ratternden Begeisterung stürzten sie sich über die Venus her, schleppten sie aus ihrem Verschlag und stellten sie in dem Hofe aus.

Alles lehnte sich aus Fenstern, über Brüstungen.

Wie zwei Marktschreier standen sie rechts und links und überboten sich in Lobpreisungen. Sie hörten mit ihrem Gebell und Getratter nicht auf, bevor ihre eigenen Herzen nicht wild schlugen. Das Leben war doch eine zu prächtige Sache: wo man es recht herzhaf anpackt, konnte man Flammen heraus-schlagen.

Selbstverständlich war es gar keine Arbeit, die Venus einzupacken, es war ein Fest.

Alle Mädchen schleppten Lumpen herbei, Papier, Seile; die jungen Männer brachten Bretter und Stangen. Es gab ein Lärmen, Schreien, Lachen auf dem Hofe, als wäre eine Volksbelustigung angebrochen.

Dabei wurde es immer dunkler.

Der Delhändler Campofiori versorgte alle großen und kleinen Dichte mit Del; seine vierzehn Kinder umkreisten ihn dabei. Einzig seine Frau sah in größter Seelenruhe ein wenig

abseits. Sie mußte, was ihr jedes Jahr brachte, das da waren die täglichen Scherze, die kleinen Unterhaltungen.

Mutter Bruscoli sorgte für das gemeinsame Abendbrot und für Chianti. Sie war heute freigebig.

Eigentlich aber waren die Brüder Falconi das Herz der ganzen Zeremonie. Sie hoben, stemmten, hüpfen, banden, hämmerten und begleiteten den ganzen Chor der Töne mit dem hocherhobenen, unaufhörlichen Geräusch ihrer Stimmen.

Einen Augenblick lang sah auch Fratelli durch den Torbogen, doch er zog sich schleunigst zurück. Diese beiden fanatisch arbeitenden Kerle mißfielen ihren Freunden und Freundinnen waren imstande, seinen Beutel bis auf den Grund um-zudrehen. Hier gab es mehr Hände, als er Luft hatte zu füllen.

Am anderen Morgen jedoch stand er wie ein tollernder Puter an Bord des Schiffes. Der Kapitän hatte ihm schon zweimal bedeutet, daß er nun nicht länger warten könnte — und noch war nichts von der vermummten Venus zu sehen.

Da sprang ein Getöse um die Ecke und gleich darauf ein bunter Hestkarren.

„Herrgott, sie machen die Venus zushanden!“ rief Fratelli entseht.

Einer der Brüder Falconi stand aufrecht da und feuerte seinen Efel mit einer Flut wohlgemeinter Flüche zur Eile an, der andere lief hinterdrein und hielt das Ende einer dicken Säule fest, die dennoch hin und her kollerte, und zu beiden Seiten des Karrens raumten fast alle jungen Bewohner des Palazzo Bigliano, aus Leibestrücken schreiend.

Nur so konnte man ein abfahrendes Schiff erreichen.

Selbstverständlich machte dieser Aufzug aus Kapitän wie Matrosen einen starken Eindruck: man wartete voll Beständnis.

Es kostete unglaubliche Mühe, die Venus an Bord des Schiffes zu bringen. Mehrere Male sah Fratelli sie schon unten im Hofen liegen; jedoch die Brüder Falconi blieben in heiterster Laune.

Schließlich streckten sie Fratelli gleichzeitig ihre Hände hin, und angefangs so vieler Mühe und so vieler Zuschauer blieb ihm nichts anderes übrig, als diese Hände zu füllen.

Fiametta steckte mit stolzer Würde den Beutel mit den tausend Lire ein.

Das wäre nun alles recht gewesen, wenn sie Renzo am Tage zuvor gesprochen hätte: so aber war immer noch etwas

Hinterhältiges an der Sache. Zwei, drei Tage später, und Renzo stand im Hof. Sollte sie das abwarten, sollte sie hingehen und ihm alles erzählen?

Lieber nicht — nein, nein, lieber nicht. Wenn man so allein vor ihm stand, hatte alles ein anderes Gesicht, als mitten in der Begeisterung der vielen Genossen. Abwarten! —

Die Siedehöhe im Palazzo drohte gerade abzuflauen, da kam Renzo die Via Bandiera hinunter. Er kam zu Fuß und war gut gelaunt. Es gab allerlei mit dem Meister zu überlegen, dann gings wieder zu den Benediktinern.

Vor allem: er sah seine Venus wieder! Die Gestalte, Herrliche!

Raum war er im Torbogen, da umringten ihn auch schon mehrere Campofiori-Kinder. Was sie eigentlich von ihm wollten, verstand er nicht recht, doch er begriff, daß sie ihn für einen vollkommenen Glückspilz hielten.

Beshalb nicht? Vielleicht war er das auch.

Wie aber wurde ihm zumute, als er in den Hof trat! Glückwünsche, Händedrücke, Umarmungen, Zurufe — und hindurch schritt Mutter Bruscoli und reichte ihm einen Beutel mit tausend Lire darin.

„Hier hast du sie, mein Sohn,“ sagte sie bedeutungsvoll.

Alle erwarteten jubelnde Begeisterung und sahen nur grenzenloses Staunen.

„Für was — von wem denn?“ sagte Renzo fast ängstlich.

„Dieser Halunke, dieser Schauspieler, macht das beste Geschäft,“ rief Falconi der Ältere und schlug Renzo auf die Schulter. „Macht das beste Geschäft und tut wie ein Kihchen, das zum ersten Male in die Sonne blinzelt, wahrhaftig!“ rief Falconi der Jüngere, und alle stimmten in sein Gelächter ein.

„Ach? Ach? Ja, was ist denn los?“ Renzo schaute erregt um sich.

Da kam Bagini auf ihn zu. „Ich habe es nicht gerne getan, doch du wolltest es so. Mag es dir zum Glück gereichen,“ sagte er sanft, nahm den Beutel aus der nunmehr zögernden Hand der Frau Bruscoli und übergab ihn Renzo.

Der hielt ihn wohl fest, jedoch wie geistesabwesend.

Oben auf der Altane, platt am Boden, lag Fiametta. Sie hatte es sich doch viel leichter gedacht. Gespannt starrte sie durch die Stäbe.

(Fortsetzung folgt.)

ab, durch den der 41 Jahre alte Arbeiter Karl Stahlberg aus der Eichendorffstr. 2 am rechten Oberschenkel verletzt wurde. Man brachte ihn nach dem Panthener Krankenhaus. Zwei der Ringler konnten ebenfalls festgestellt werden, während der vierte Mann entkommen ist.

Gegen den Brotwucher.

Die allgemeine Funktionärskonferenz, die in den Sophien-... Genossin Lodenhagen eröffnete die Versammlung und teilte mit, daß die Genossin Schreiber, die als Rednerin des Abends vorgelesen war, kürzlich in Paris weile und den Bunsch geäußert hätte, vor den Berliner Genossinnen zugleich über ihre Eindrücke in Amerika und Frankreich zu sprechen. Genossin Lodenhagen erteilte, nachdem sie selbst in scharfen Worten gegen die Schutzollpolitik Stellung genommen hatte, der Genossin Wurm, Mitglied des Reichstags, das Wort.

Die Rednerin betonte, daß man heute gar nicht anders könne, als die Frage der Schutzollpolitik in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses zu rücken. Die bürgerliche Regierung habe von der Sozialdemokratie eine Art Bewährungsfrist erhalten, um die notwendigen Arbeiten für das Sachverständigenamt durchzuführen. Diese Zeit aber habe sie dazu benutzt, um sich vor den Agrariern zu heugen. Die Deutschnationalen machen ihre Zustimmung zum Dames-Gutachten davon abhängig, daß ihnen schon im voraus der Zollschutz von der Regierung als Gegengabe geschenkt würde. Auf dem Gebiete des Zollschutzes aber gebe es für die Sozialdemokratische Partei keinerlei Kompromisse. Es sei unwahr, wenn man behaupte, daß der Zollschutz keine Erhöhung des Brotpreises mit sich bringe. Nachdem die Rednerin noch über die Wirkungen der Umsatzsteuer gesprochen hatte, betonte sie, es sei wahr, die Landwirtschaft habe augenblicklich kein Geld, aber wir alle hätten kein Geld, nur die Landwirtschaft hätte das vor uns voraus, daß sie sehr glänzende Einnahmen gehabt hätte. Das schlechte deutsche Mehl, das zurzeit auf dem Markt sei, stamme noch aus dem zurückgehaltenen Umfangegetreide, daher sei es kein Wunder, wenn die Frauen das gute ausländische Mehl vorzögen. Wenn die Schutzölle kämen, könnten wir es leicht erleben, daß unsere Landwirte erschlafften Weizen exportierten, um den schlechten ihrem lieben deutschen Volke anzubieten. Wir würden für inländisches Getreide Weltmarktpreise bezahlen müssen plus Zoll. Das Ausland aber würde, sobald wir Schutzölle einführen, andere Dinge mit Zoll belegen, die wir gerne exportieren möchten. Die Genossin Schreiber betonte, daß bei der Einführung der Einfuhrölle wir Großstädter bald kein Mehl zu haben bekommen würden. Die Agrarier könnten dann die Preise schrauben, wie sie wollten und uns gegebenenfalls den Markt sperren. Genossin Schwerin wies darauf hin, daß die Lage innen und außenpolitisch kritisch sei und eine Aufführung unter den Frauen dringend notwendig wäre. Nachdem die Genossinnen Wachenheim und Wengers sich in gleichem Sinne geäußert hatten, warnte die Genossin Bohm-Schuch sehr eindringlich davor, Illusionspolitik zu treiben. Es müsse ein Sturm von außen gegen die Zollpolitik einziehen. Wir dürfen aber nicht nur kritisieren, wir müssen es auch besser machen wollen. Mit absoluter Ehrlichkeit könne man am weitesten. Die Genossin Deutschmann richtete an die Fraktion die Aufforderung, sich nicht überzumpeln zu lassen. Eine Resolution, die sich gegen die Freigabe der Getreideausfuhr und die beabsichtigte Wiedereinführung der Getreidezölle wandte, wurde einstimmig angenommen.

Genossin Ingman-Amerika sprach sodann über die amerikanischen Verhältnisse. Sie sagte, die sozialistische Bewegung in Amerika wäre durch die Zersplitterung und Zerkürung der Kommunisten fast zugrundegegangen. Die russische Revolution habe selbst in Amerika eine Ummantelung gebracht, weil man an eine echte soziale Revolution glaubt habe, daß hätten die Bolschewisten den Sozialismus sehr in Mitleidenschaft gebracht. Die Kommunisten hätten in Amerika wohl die Parteibewegung, aber nicht die gewerkschaftliche Bewegung zugrunde richten können. In Amerika müßten die Sozialisten von neuem anfangen. Die Kommunisten hätten aber auch keine Mitglieder, denn die Massen hätten sich einfach von der Politik zurückgezogen. Interessant sei es jetzt, daß die amerikanische Arbeiterbewegung tatsächlich ganz andere Wege ginge, und sie kam auf die Aufstellung des Senators La Follette zu sprechen, was eine Wendung in der ganzen Politik bedeutete. Wer früher in der amerikanischen sozialistischen Partei nur von einer Koalition mit Bürgerlichen geredet hätte, sei aus der Partei ausgeschlossen worden. Jetzt aber hätten sie ihre Taktik geändert und sie den Verhältnissen angepaßt. Die Kommunisten, die erst aus der Partei herauswurden, müssen jetzt auf eine Parole aus Moskau in die Gewerkschaften hinein, um auf diese Art und Weise auch dort den Verlauf der Zersplitterung zu machen. Die Zahl der Kommunisten sei, wie schon erwähnt, nur sehr klein, doch machten sie ein Getöse, ein Gefasel, als ob Millionen hinter ihnen ständen. Wir müssen stets betonen, daß die Verhältnisse in Rußland nur eine Parodie auf den Sozialismus seien. Das hätten die amerikanischen Führer nicht früh genug gesagt, daher hätten sie die Waffe verloren. Rußland ist kein Beweis gegen den Sozialismus, weil dort kein Sozialismus vorhanden ist. Nachdem wurden Vorschläge für die Vorstandswahlen zum nächsten Bezirkskongress gemacht.

Die Zierenspiele im Bezirk Neubölln haben am Donnerstag, den 10. Juli, begonnen und enden am Mittwoch, den 6. August. Als Sammelplätze kommen wie im Vorjahre Boddinplatz, Marktstraße, Ede Hermannstraße, Emsler Straße, Ede Bergstraße und Herzbergplatz in Frage. Die Kinder müssen sich an einem der bezeichneten Plätze bis spätestens 7 1/2 Uhr einfinden. Mitzubringen sind unzerbrochenes Eßgeschirr, Frühstücksbrot und, wenn möglich, eine Decke oder Umhang. Die Kinder werden mittels Sonderzug nach Niedererschönweide-Johannisthal befördert und erhalten bei der Ankunft auf dem Spielplatz eine Quaterjuppe oder Kalao. Ab 12 Uhr werden eine Mittagsmahlzeit, bestehend aus 1/4 Liter nahrhaftem Essen und nachmittags Kaffee und 2 Schrippen, verteilt. Die Wochenkarte kostet für das erste Kind einer Familie 1,20 M., für das zweite Kind 0,60 M., das dritte und die weiteren Kinder der Familie sind frei. Für die erste und letzte halbe Woche gilt die Hälfte der vorstehenden Sätze.

Mit 120 Kilometer in die Tiefe.

27 Güterwagen abgeführt.

Ein Eisenbahnunglück ereignete sich nach einer Weildung aus Jitzau am 14. Juli abends auf der Strecke Warnsdorf-Bodenbach. Von dem um 9 Uhr abfahrenden Güterzug lösten sich hinter der Station St. Georgenthal 27 Wagen ab und sausten mit 120 Kilometer Geschwindigkeit nach Warnsdorf. Der Schlußbremser Ostermann aus Bodenbach tat bis zum Schluß keine Beachtung und bremste so stark, daß die Räder glühten und die Untergestelle Feuer fingen. Die Wagen durchführten mit großer Geschwindigkeit die S-Kurven, ohne zu entgleisen, durchflogen einen Prellbock und stürzten dann in eine Talniederung, wo sie einen wüsten Trümmerhaufen bildeten. Die Wagen waren zum größten Teil mit für Ungarn und Jugoslawien bestimmten Waren beladen. Der Bremser Ostermann lag tot unter den Trümmern. Ein Hilfszug aus Warnsdorf und den umliegenden Bahnhöfen ist für die Aufräumungsarbeiten entworfen, die zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen werden. Verlehrsstörung ist nicht verursacht. Nach einer anderen Meldung durchführten die Wagen den Bahnhof Warnsdorf, die Drehseibe und stürzten dann ab.

Tscheka-Debatten im Landtag.

Im preussischen Landtag, der gestern Dienstag über den Antrag der Kommunisten wegen der Hausdurchsuchung in ihren Landtagszimmern beriet, sprach nach den schon gemeldeten Ausführungen des Ausschussberichterstaters Abg. Ruschke (Dem.)

Abg. Deereberg (Dnat.). Er führte aus, die Immunität des Abgeordneten müsse da ihre Grenzen finden, wo die Interessen der Allgemeinheit gefährdet werden. Die Entscheidung in solchen Fragen liege ausschließlich beim Präsidenten, der im vorliegenden Falle gar nicht verpflichtet gewesen wäre, dem Hause die Gründe mitzuteilen, die ihm der Untersuchungsrichter für sein Ersuchen angegeben hat. Der Bericht des Reichstagsausschusses über die kommunistischen Haftentlassungsanträge habe gezeigt, daß die kommunistische Tscheka tatsächlich Morde vorbereitet und zum Teil schon ausgeführt hat. (Unruhe und Rufe der Kommunisten: „Verhindert Morde von rechts, rechts sitzen die Mörder.“ Der kommunistische Abg. Dahlem erhob wegen eines gegen den Redner gerichteten Zwischenrufs einen Ordnungsruf.) Die kommunistische Tscheka habe Eisenbahnsprengelkolonnen eingerichtet und sogar Cholerakolonnen und Typhusbazillen als terroristische Kampfmittel vorbereitet. (Rufe der Kommunisten: „Das sind Lügen der Haarmann-Spittel!“ — Unruhe, Präsident Leinert droht den kommunistischen Zwischenrufern die rüchlichste Anwendung der Geschäftsordnung an.) Ruth Fischer habe im Reichstag offen erklärt, die Kommunisten seien sämtlich Hochverräter. Bei dem Zusammenhang der kommunistischen Tscheka mit der KPD-Zentrale sei der Untersuchungsrichter durchaus berechtigt gewesen, die Räume der KPD-Fraktionen zu durchsuchen. Daran ändere nichts, daß außer dem Abg. Schmidt-Treptow kein anderes Mitglied der KPD-Fraktion in das Strafverfahren verwickelt ist. — Abg.

Dr. Deereberg nimmt den Präsidenten Leinert in Schutz gegen die Angriffe der Kommunisten

und betont, der Präsident hätte gar nicht verhindern können, daß bei der Durchsuchung das gesamte Material mitgenommen wurde, nicht nur dasjenige, das nach dem richterlichen Befehl und der präsidentiellen Ermächtigung mitzunehmen war (wie die SPD allerdings vorschreibt. Red.). Die beteiligten Abgeordneten sind schriftlich aufgefordert worden, ins Polizeipräsidium zur Stützung des Materials zu kommen. (Gebohrter Widerspruch der Kommunisten, Rufe: „Das ist ja nicht wahr!“ — „Der Mann hat eine eiserne Stirn!“ — Präsident Leinert erteilt mehreren Kommunisten Ordnungsrufe.) Von dieser Einladung hat kein Abgeordneter Gebrauch gemacht. (Neuer Widerspruch der Kommunisten.) Wenn der Untersuchungsrichter dadurch nicht gefährdet wird, dann sollte der Untersuchungsrichter dem Hause das vorgefundene Material mitteilen, damit sich zeigt, ob es nicht nur ein Scheinmanöver der Kommunisten ist, wenn sie behaupten, es sei nichts gefunden worden. Die Untersuchung hat gezeigt, daß das

deutsche Volk von einer furchtbaren kommunistischen Gefahr bedroht

ist, gegen die der Innenminister Severing mit größtem Nachdruck vorgehen sollte. (Beifall rechts, Pfirsche der Kommunisten.)

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) erklärt, in keinem anderen Parlament der Welt wäre eine Durchsuchung dieser Art möglich gewesen, ohne einen Sturm der Entrüstung hervorzurufen. Der Untersuchungsrichter Bogt habe amtsverbrecherisch gehandelt. (Rufe des Präsidenten.) Dieser deutschnationalen Untersuchungsrichter habe auch seinen Parteifreund Deereberg falsch informiert. — Der Redner verliest dann die beglaubigte Abschrift des amtlichen Verzeichnisses beschlagnahmter Schriftstücke. Es handele sich dabei durchweg um harmlose Briefe und parlamentarische Akten. (Rufe rechts: „Das ist doch nur ein Verzeichnis der harmlosen Sachen, das behaltene Material ist nicht dabei!“) Wie kommt der Untersuchungsrichter Bogt dazu, Eingaben an das ganze Parlament zu stellen? (Präsident Leinert rüht diesen Ausdruck.) Ueber das weitere jurisdiktionale Material haben wir kein Verzeichnis. Dieses Material wird wahrscheinlich durch Spiegel vom Schloß Haarmanns ergänzt werden. Präsident Leinert hat eine grobe Pflichtverletzung begangen, indem er die Genehmigung zur Durchsuchung erteilt, ohne sich nach der bisherigen Übung mit dem zuständigen Ministerium in Verbindung zu setzen. Die

grobe Eil- und Leichtfertigkeit des Präsidenten Leinert

ist ihm von seinem Parteifreund Dr. Cohn im Ausschuss bescheinigt worden. Demokratische und sozialdemokratische Ausschussmitglieder heben die absolutistische Willkür zurückweisen müssen, die Präsident Leinert bei der Ausübung seines Amtes anwenden wollte. Präsident Leinert hat offenbar nur zu gern diesen Anlaß benutzt, um den verhassten Kommunisten zu schaden. — Abg. Dr. Meyer sucht dann aus den gesetzlichen Vorschriften nachzuweisen, daß der Untersuchungsrichter Bogt bei seinem Vorgehen das Gesetz in größter Weise verletzt habe. Er ersucht um Annahme eines kommunistischen Antrages, der gegen Bogt ein strafrechtliches und disziplinarisches Verfahren mit dem Ziel der Amtsenthebung verlangt.

Abg. Dr. Th. Liebknecht (USoz.) beantragt, es möge sofort der Innenminister und der Justizminister ersucht werden, zu erscheinen, um sich zu dem rechtswidrigen Vorgehen des Untersuchungsrichters Bogt zu äußern.

Gegen den Widerspruch der Kommunisten wird hierauf die Besprechung unterbrochen durch die in einer früheren Sitzung zurückgestellten

Abstimmungen über den Haushalt der Handels- und Gewerbeverwaltung.

der in zweiter Lesung nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen wird. Von den aus dem Hause dazu eingebrachten Anträgen wird der aus dem Jahre 1921 herrührende Antrag Hirtfelder (3.) auf Verbilligung der Eisenbahn-Konkots- und Wochenkarten als durch die Entwicklung überholt betrachtet und für erledigt erklärt. Ein Antrag des Zentrums wegen Wiedereinführung von Eisenbahngüter-Ausnahmetarifen wird zurückgezogen. Einige Anträge betr. Bauten von Fischereihäfen und Eisenbahnen werden abgelehnt.

Hierauf kehrt das Haus zur vorhin unterbrochenen Verhandlung zurück. Der Antrag Liebknecht auf Ziturierung der Minister Am Jahnhoff und Severing wird ohne Besprechung gegen die Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.):

Im Geschäftsordnungsausschuss hat der Präsident klargestellt, daß er nicht nur mit sich selbst, sondern auch mit ihm nahestehenden Personen zu Rate gegangen sei, ehe er die Genehmigung erteilte. Wir müssen und können das Vertrauen haben, daß der Präsident die Verpflichtung in sich fühlt, eingehend zu prüfen, wie weit er gehen dürfte. Wenn der Präsident auf Grund seiner Besprechungen mit dem Untersuchungsrichter zu seiner bekannten Entscheidung kam, so gründete sich das darauf, daß er nicht dem Untersuchungsrichter in den Arm fallen dürfte, ohne sich damit einer schweren Pflichtwidrigkeit sowohl als Staatsbürger wie auch als Vertreter des Parlaments schuldig zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Kommunisten spielen sich hier als Hüter des Parlamentarismus auf.

aber das macht auf uns nicht den geringsten Eindruck; sie sind es ja, die die parlamentarische Arbeit erschweren, unmöglich machen und die parlamentarische Ordnung mit Füßen treten. Der Präsident hat seine Pflichten damit erfüllt, daß er den Direktor des Landtags und weitere Beamte beauftragt hat, bei der Durchsuchung

und Beschlagnahme zur Stelle zu sein und für die Rechte des Parlaments und seiner Mitglieder einzutreten. Nach dem Befehl hatte er nicht die Verpflichtung, die Betroffenen, nämlich die Mitglieder der kommunistischen Fraktion, von der Durchsuchung zu benachrichtigen. Wenn sich Herr Dr. Meyer auf die „Breslauer Volkswacht“ berufen hat, so muß ich sagen, daß der betreffende Artikel auf falschen rechtlichen Voraussetzungen beruht. Wenn die gesetzlichen Bestimmungen bei der Durchsuchung in einzelnen Punkten übertreten wurden, was ich im Augenblick nicht beurteilen kann, so mag die Beschwerde von den davon Betroffenen ausgehen. Meine Parteifreunde sind für die Anträge der Kommunisten, soweit diese dahin gehen, den KPD-Abgeordneten alles Material zur Verfügung zu stellen, das sie für ihre parlamentarische Arbeit brauchen und das mit dem Strafverfahren in keinem Zusammenhang steht. Wir haben deshalb auch im Ausschuss für den dahingehenden Antrag gestimmt. Die Kommunisten haben es jedoch nicht einmal für nötig gehalten, diesen Antrag hier wieder einzubringen! Man sieht daraus, daß es ihnen

gar nicht im Ernst um die Herausgabe des Materials zu tun ist.

Der Ausschuss hat in seiner Mehrheit anders entschieden, wie meine politischen Freunde gewollt haben. Der von den Kommunisten gestellte Antrag fiel gegen unsere Stimmen, und damit ist abgelehnt worden, dem Präsidenten eine Handhabe dafür zu geben, selbst die Rückgabe des parlamentarischen Materials an die Kommunisten zu bewirken. Die KPD-Abgeordneten selbst haben noch nicht einmal ein Verzeichnis der beschlagnahmten Sachen eingefordert. (Zurufe bei den Kommunisten.) Wenn Sie nicht einmal die ihnen gesetzlich zustehenden Rechte in Anspruch nehmen, dann nimmt sich Ihre Klage etwas sonderbar aus! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich wünsche, daß niemals wieder Zustände kommen, die den Präsidenten vor eine so schwere Gewissensfrage stellen, und ich meine, daß alle Parteien dazu beitragen sollten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Runmehr wird um 3 1/4 Uhr

beschlossen, die Sitzung zu schließen und um 3 1/2 Uhr eine neue mit anderer Tagesordnung abzuhalten.

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) protestiert gegen diesen Beschluß und nennt ihn ein beschämendes Zeugnis für die Diäten-schieber. Er wird wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung gerufen und erhält einen zweiten Ordnungsruf, als er die Deutschnationalen wegen ihrer Ablehnung einer Debatte über das Dames-Gutachten eine „Schieberpartei“ nennt. Den Abgeordneten wirft Dr. Meyer vor, sie kämen nur wenige Tage zusammen und erledigten im Rausch recht viele Abstimmungen, um nur ohne viel Arbeit die Diäten zu schluden. Es sei charakteristisch, daß man jetzt die Aussprache über den kommunistischen Antrag abtreibe, um in der neuen Sitzung als ersten Punkt die Befolgung der Pfaffen zu beschließen (erregte Protestrufe rechts.)

Unter großen Lärm der Kommunisten stimmt die Mehrheit dem Vorschlag des Präsidenten zu. Die Kommunisten rufen laut „Schieber!“

Um 3:20 Uhr schließt die Sitzung.

Die zweite Sitzung.

Um 4 Uhr eröffnet Vizepräsident Dr. v. Ries die Nachmittags-sitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entscheidung des Landtags über den Einspruch der Abg. Frau Wolfstein (Komm.) gegen ihren Ausschluß durch den Präsidenten; es handele sich bei der gegen den Präsidenten gerichteten Bemerkung „Stellen Sie sich doch nicht dümmter als Sie sind!“ nicht um eine grobe Störung der Ordnung des Hauses. Außerdem liege in dieser Äußerung weniger eine Herabsetzung als eine Anerkennung der Intelligenz Leinerts.

Der Einspruch, über den nach der Geschäftsordnung ohne Aussprache entschieden werden muß, wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen verworfen.

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen beantragt eine Umstellung der Tagesordnung dahin, daß an erster Stelle nicht die Befolgung der evangelischen Pfarrer beraten, sondern die in der Vormittags-sitzung abgebrochene Aussprache über die Durchsuchung im Landtag fortgesetzt werden soll.

Das wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Zur zweiten Beratung kommt nun der Gesetzentwurf über die einstweilige Regelung der

Kosten für die Verwaltungsbehörden der evangelischen Landeskirchen.

Nach der vom Ausschuss beantragten Fassung des Gesetzes scheiden die Beamten der evangelischen kirchlichen Verwaltung aus dem Staatsbeamtenverhältnis aus, erhalten aber ihre Befolgung, ihre Ruhegehalt und ihre Hinterbliebenenversorgung für ihre Besoldungsgruppe und den anschließenden Aufstiegsgruppen in derselben Weise wie die Staatsbeamten aus der Staatskasse.

Ein Regierungsovertreter erklärt, die vom Ausschuss in finanzieller Beziehung vorgenommenen Änderungen würden dahin führen, daß der Staat gegen die Kirchenbeamten weitergehende Verpflichtungen übernehmen würde als seinen eigenen Beamten gegenüber. Angesichts dieser Änderungen müßte sich der Staatsrat nochmals mit der Vorlage beschäftigen.

Abg. Dr. v. Campe (DZp.) beantragt mit Rücksicht auf diese Erklärung Zurückverweisung an den Ausschuss.

Abg. Windler (Dm.) hält eine neue Ausschussberatung für unnötig, ist aber zu einer Verständigung mit der Regierung über die finanziellen Fragen bereit.

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und des Zentrums wird die Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuss beschloffen.

Nach debattierter Erledigung kleinerer Vorlagen wird die Aussprache über

die Durchsuchung der kommunistischen Fraktionszimmer

fortgesetzt.

Abg. Dr. Pinkernell (DZp.) führt aus, hier handele es sich nicht nur um eine formaljuristische, sondern um eine politische Frage. Die Durchsuchung sei notwendig gewesen, um hinter die verschlungenen Wege zu kommen, die aufzuklären im allerhöchsten politischen und nationalen Interesse liegt. Wir lassen es uns nicht länger gefallen, daß

in unserem unglücklichen Deutschland eine russische Tscheka

sich aufzu. (Lärm bei den Komm.) Der Kampf mit geistigen Waffen nehmen wir gern auf, aber den Kampf mit Terror und Mordnoffen werden wir mit der Waffe niederzuschlagen wissen. (Beifall rechts, Lärm bei den Komm.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird hierauf unter lautem Protest der Kommunisten angenommen. Abg. Dr. Meyer (Komm.) ruft wiederholt: „Die Berkeunder fürchten die Antwort!“ Sämtliche kommunistischen Anträge werden darauf gegen die die Antragssteller abgelehnt.

Abg. Th. Liebknecht (USoz.) protestiert in einer persönlichen Bemerkung dagegen, daß ihm durch den Schluß der Debatte die Möglichkeit genommen wurde, das rechtswidrige Vorgehen der Polizei gegen die an der Sache ganz unbeteiligten Unabhängigen zu kennzeichnen.

Um 6 Uhr vertagt sich das Haus auf heute Mittwoch, 11 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Hausjinnsteuer.

BEGINN 1. JULI

SAISON

AUSVERKAUF

In dieser Woche
**Glas, Porzellan,
 Wirtschafts-Artikel**
 zu außergewöhnlich
 billigen Preisen!

Verkauf nur soweit Vorrat Mengenabgabe vorbehalten
Einige Beispiele:

Kasserollen Emailliert 30, 45, 55 Pf.	Tafelservice 25-teilig, Feston-Goldrand, Steingut 9 ⁷⁵	Tassen Goldrand 20 Pf.	Teppichkehrmaschin. 9 ⁷⁵ 12 ⁷⁵
Schmortöpfe Emailliert 45, 65, 1 ⁵⁰	Kaffeesservice 9-teilig, Porzellan 4 ⁷⁵	Speiseteller flach, weiß Porzellan 18 Pf.	Zinkwannen mit Holzboden 10 ⁵⁰ 13 ⁰⁰ 15 ⁵⁰
Schmortöpfe Aluminium 5 ⁷⁵ 8 ⁷⁵ 12 ⁵⁰	Tassen weiß Porzellan 8, 10, 15 Pf.	Speiseteller tief oder flach, weiß Steingut 8 Pf.	Zinkzuber mit Holzboden 9 ⁰⁰ 12 ⁷⁵ 15 ⁷⁵
Ein Posten Lederhausschuhe 3 ⁹⁰ für Damen, auch mit biologischer Sohle, gute Qualität.	Damen-Strümpfe 2 ⁹⁵ tramasoldene, schwarz und farbig	Damen-Handschuhe 1 ²⁵ Leinen, imitiert, 12 Knopf lang	Herren- und Damen-Schirme 3 ⁷⁵ in gediegener Ausführung
Ein Posten Haferlschuhe 18 ⁵⁰ für Herren, braun Bindbox, Rahmenarbeit, gute Qualität, früher bis 28,50 jetzt Paar	Coupeköffer ausgenarbt. Hartplatten mit solidem Schloss und 8 Schutzecken 4 ²⁵ 4 ⁷⁵ 5 ²⁵		Herren-Taghemden 3 ⁹⁰ sehr haltbare Qualität
HERMANN Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee			
Selbstbinder 90 Pf. in grosser, offener Form in schönen Mustern			

Gewinnliste

23. Preussisch-Süddeutschen (249. Preuß.) Klassenlotterie

14. Juli 1924

5. Klasse

Cine Geblitz, Hochdruck verbeizt.

3 Gewinne zu 25 000 RM 224327 225227 255046	7 Gewinne zu 5 000 RM 52927 156927 255046
5 Gewinne zu 10 000 RM 183746 173640 217240 222346 225946	7 Gewinne zu 3 000 RM 07727 108446 163340 201446 239240 255240
14 Gewinne zu 2 000 RM 70027 71340 78427 85440 184146 113327 155827 183246 180527 190240 190027 195846 224046 221546	15 Gewinne zu 1 000 RM 8546 10627 74546 94146 214046 114927 134846 138046 178546 182046 198927 199427 222627 224827 308746
47 Gewinne zu 500 RM 4727 9027 21327 24727 27027 35227 38727 54046 59027 63327 67246 84046 90346 100127 100946 111646 113627 112327 114246 118927 135746 141827 142427 145446 157927 176646 179027 181046 189027 194927 204227 214227 218046 218427 221627 228527 240027 250727 260327 270627 271446 273446 274627 279427 281546 283727	78 Gewinne zu 300 RM 1567 6827 6727 21646 24646 25246 26446 33327 36827 45446 50327 60446 101046 60746 70727 70827 75346 47127 83327 87927 89227 95246 97746 101446 102346 103327 107146 113146 113946 115746 119346 133327 134446 138627 138827 145046 145146 146827 155727 159827 165646 190146 171746 170227 177546 177946 179246 179427 184946 185946 180746 188346 195946 197127 198127 198446 200146 214927 218846 221746 224746 220346 229746 233946 238527 249827 251246 253527 266127 268446 271227 272446 276527 330646 285027 380327 392327 295327
227 Gewinne zu 200 RM 846 3327 4046 7227 10546 12646 13046 15727 16146 17846 18246 19427 20046 20927 20746 23327 23046 24427 27646 31327 34527 35246 37427 37946 39027 40146 41527 41627 41846 42427 43046 44546 44946 48127 48427 60246 62627 63446 64746 64946 65860 67027 68027 69046 69027 69246 69927 70927 71546 72546 74246 75446 77427 78227 79546 79627 82446 84746 85246 86727 86746 87646 88527 90327 90827 91246 91846 91846 93846 93046 94546 95246 99827 100246 100727 102627 102946 104827 105446 109246 109327 110746 111846 114127 118627 117227 119427 121646 123646 124227 126727 126327 130127 130346 130527 131427 132887 133046 133646 133946 134327 134927 135446 137046 137027 140527 142727 143846 147846 150927 151927 159827 156046 159827 18527 18527 18546 18927 189427 159446 152346 162546 164627 167746 169746 170827 176927 178946 179227 179246 181746 182246 184746 187746 188827 190927 191146 191746 192627 193546 195146 197546 198027 200027 201427 201927 202027 204346 204927 205446 207846 213846 213927 213946 214327 214727 215627 216946 218727 217127 217846 221327 223427 223446 226327 228546 229246 22927 22927 230546 232027 234227 235227 237827 244227 245227 246027 247727 248527 250246 25027 254027 257446 258146 259827 261927 263746 263827 265546 265346 271127 271627 271946 277846 279346 279827 276127 276427 277027 278527 278446 281327 285027 285346 285646 285827 286427 286527 289046 290546 290646 290146 193627 294827 294946 296046 29727 299146 299046	

Auf alle Losnummern von 1 bis 300 000, bis auf die Zahlen 27 und 40, und nicht mit einem höheren Gewinn gezogen werden, erfüllt der Gewinn von 150 RM

Staats-Theater
 Opernhaus am Königsplatz
 Täglich 7¹⁵ Uhr:
Polemblut
 Th. L. Admiralspalast
 7¹⁵ Uhr: Der Erbg. L. Jahn
 11 Monate
 Opernabte. auf dem Theaterplatz
 ist die große Revue
Drunter und drüber
 Intimes Th. 8 U.
 Lauf doch nicht
 immer nackt herum
Crépe Georgette

Metropol-Theater
 Der Weitschläger
 8 U.: Mascottchen
 Opernabte. auf dem Theaterplatz
 ist die große Revue
Drunter und drüber
 Intimes Th. 8 U.
 Lauf doch nicht
 immer nackt herum
Crépe Georgette

Trianon-Theater
 Tägl. 8 Uhr:
Die Hausdame
 Gutschein
 bis 22. Juli
 1-4 Personen
 50% Ermäßigung

Kleines Theater
 Tägl. 8 Uhr:
Anatol
 Lustsp. v. Schnitzler
 Gutschein
 bis 22. Juli
 1-4 Personen
 50% Ermäßigung

Residenz-Th.
 unter Leitung von
Alfred Bieleke
 ab Freitag, d. 18. 7.
 täglich 8 Uhr:
Hinkemann
 von Ernst Toller

Rose-Theater
 8: Die Blonden Mädchen vom Lindenhof
 Gartenbühne 7¹⁵
 Durch Dick u. Dünn
 Theater a. Kolonnenstr.
 Täglich 8 Uhr:
Elle-Sänger
 Großartiges
 Jull-Programm
 a. a. z.
 Die Lieblingssoubrette
 des Maharadschal

Heute

Trepow in Flammen

Riesenfeuerwerk

Herzlichsten Glückwunsch
 zu seinem 80. Geburtstag
 übersenden dem Genossen
Franz Kieber
 die Genossen der 19. Abteilung

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Achtung! Betriebsräte Achtung!
 St. 10 der Betriebsräte-Verordnung
 ist erlassen und kann gegen Verlegung
 des Mitgliedsbuches und der Legitimations-
 sache des Betriebsratschmannes im Bureau
 Zimmer 5, in Empfang genommen werden.

Zigarettenmaschinenführer!
 Donnerstag, 17. Juli, nachm. 5 Uhr,
 bei Schulz, Ellendammstr. 50:
Branchen-Vertrauensmännerkonferenz
 der Zigarettenmaschinenführer und
 Betriebshandwerker.
 Die Ortserverwallung.

Verkäufe
 Kleinwagen, Dezimalwagen, Ge-
 wichte preiswert. Auswahl. Bogner,
 Rosenstraße 20, 1. Hof, Reinholdstr.
 Goldschmied Fabrik 2.50 Mark, Silber
 100 Stück 6.50, Silber 100 Stück
 1.20, D. Hund, Große Hamburgerstr. 1.
Deutsches, extra stark, Reichen-
 bergstraße 7.
 Gebrauchtwaren, Reitwagen, Hof-
 farren, Einzelteile, Fabrik, Dresdener-
 Straße 55.
 22.- Kauf, kosten 333 Quadratmeter
 Land in Rogenmühle, Bohnsdorf,
 Bk. Berlin, Bismarckstr. 66, 30505

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
 Damenmäntel, Damenkleider, Som-
 merkleider 3.50, Strohkörbe 4.50, Ruffel-
 kleider 4.50, 5.50, Strohkörbe 7.50,
 10.-, 12.- usw., einschlägige Roben-
 kleider, Damenmäntel 5.-, Tuch-
 mäntel 7.-, Sommermäntel 9.-,
 Staubmäntel 10.-, Wollmäntel 12.-,
 Imprägnierte Sommermäntel 12.-,
 Sommermäntel 16.-, 21.-, Roben-
 kleider 25.-, 29.-, Riefenausschnitt,
 direkt, Westf. Schmelz, Gies-
 straße 15, Bahnhofstr.
 Verkauf von Gesellschafts-Anhängen
 Brunnenstraße 4.
 Bekleidungs-Teilung liefert Bela-
 gungsfabrik Rollis, Ellendammstr.
 Straße 11, 1. Hof, Bahnhofstr. 7,
 9-7 geöffnet.

Möbel
 Metallbetten, Aufkammern, Patent-
 matrassen, Chaiselongues Walter, Star-
 ankerstraße 40/41.
 Rundtisch, Reiherschnitt 15.-, Bett-
 stütze 14.00, Sofa 15.-, Schreibtisch 28.-,
 Büfett 35.-, Röhren 22.-, Metallstühle,
 komplett 15.-, Wäschelassen 12.50,
 Riefenausschnitt in Einzelstücken sowie
 Schlafzimmer, Speisezimmer, Ber-
 zinszimmer, komplette Einrichtungen von
 Glas, bis zum Herstellen, Roh-
 lung, Verlebung, Gollitz, Rügen-
 straße 15, Bahnhofstr. 7, 9-7 geöffnet,
 Reichenstraße 7.

Keine Wanze
 mehr nach Anwend. von Reichel's Wanzen-
 flad, "Radikal", der Wanzen fladter Feind
 erzeugt eine für Wanzen absolut tödlich
 wirkende Gasart, die in die verborgenen
 Stellen, hinter Tapeten etc. eindringt, mit
 vernichtender Kraft auch die sonst nicht
 erreichbaren Brutstätten zerstört abtötet.
 Größe II u. 0.75 Gr. III u. 1.00 Gr. IV u. 2.50
 Gr. V u. 5.00. Dtsch. Reichel, Berlin 42,
 50 Lindenstraße 4. Größt. in Drogerien,
 aber acht nur mit der deutschen Marke
Tod und Teufel

Bad Landeck
 in Schlesien
das Radlbad des Ostens
 Warme Schwefelquellen mit höchster Radioaktivität
 Radium-Quell-Emanation, Moorbäder; Hydro- und
 Elektrotherapie; mediz.-mechanisches Institut; Terrain-
 und klimatischer Kurort. Beliebtes Sommerfrische-
 28 km gut gepflegte Parkwege im Hochwald. Bevorzugter
 Wintersportplatz. Anschluss an deutsches Randfunk.
**Verzückliche Erziele bei Gicht, Rheumatismus,
 Frauen- u. Herzerkrankungen, Nervenleiden, Herz- u.
 Gefäßerkrankungen, Schwächerzuständen all. Art.**
 Auskünfte und Prospektversand
 durch städt. Badeverwaltung und Kurverein.

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne
 7¹⁵ Uhr:
 D. Kreuzschreiber
 Bau des Reich / Hof Theater
 im Residenz / Hof Theater
 Jakob Sade / Hof Theater-Sache
Deutsches Theater
 Sommerfestzeit
 Danksag. / Hof Theater
 Tägl. 8 Uhr:
Musikalien-Verkauf
 in
Clubseite
 Sommerfestzeit
 Danksag. / Hof Theater
 7¹⁵ Uhr, zum 1. Male
Georg Alexander
 in Kummelblüthen

Yergn-ULAP
 ganzzugpack Bahnhöf
Täglich voller Betrieb
Park- u. Doppel-Konzert
Feuerwerk
Spezialitäten + Attraktionen
 Beginn 4 Uhr

Musikinstrumente
 Nur 380.- bis 450.- fabriquer
 Pianos, gebraucht 290.-, Piano-
 erprobung Holz, Sonderstr. 10, am
 Kolonnenbaum
 Flügel, Pianos, 75.- an. Haben-
 hein, Bismarckstr. 10.
 Pianos preiswert, Klaviermacher
 Hnl. Brunnenstraße 55.

Fahrräder
 Fahrrad-Hof, Wartenstraße 81.
 Einführungspreise: Rennpedale 2.40,
 Seiten 2.-, Primobeden 2.-, Prima-
 schlämme 1.40, Reparaturen billigst.
 Fahrräder, Nähmaschinen, erstklassige
 Marken, Teilzahlung, Unionstraße
 10, 2. Stod.

Garten :: Laube :: Balkon
 Kesselformen, Erfohlte, Reparatur-
 ungen billig, Pumpenfabrik, Garten-
 Straße 78.

Kaufgesuche
 Fahrradkauf, Reparaturen, Man-
 schenstraße 51.
 Fahrräder kauf Lindenstraße 19.
 Wästel, Jagdbagel, höchstehend,
 Rose, Goldstraße 16.

Unterricht
 Aufschreibeschele Heinrich Maurer,
 Kitzbergschule Eingang Köhlerstraße,
 Gerschmiederei, Dammstraße 10,
 Bescher, Schurke, Schnittmüller,
 Köhlerstr. 389.

Verschiedenes
 Gemischte Unterfuchung, Adolphe
 Silberstein, Bismarckstr. 62.
 Vertauschungs- Kunstst. Frauen,
 Mädchen, langjährige Gefahrung, arg-
 lich gewalt. Wolf, Wiener Straße 10,
 brittes Portal 11.
 Vertauschungs- Unterfuchung, Geb-
 omme Berlin, Neue Köhlerstraße 57,
 Alexanderplatz 129/30

Geldverkehr
 Bekleidung jeder Wertstoffe, auch
 Wäsche und Garben, Seilhaus
 Spiegel, Chausseestraße 7.

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
 Dachdecker, tüchtig und zuverlässig,
 werden sofort eingestellt. Wilsdorf, Bad-
 enburgstraße 10, Reichenberg - Wüste,
 Giesener Straße 12.

Allg. Deutsch. Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Lübecke
 Zum sofortigen Antritt wird ein
Arbeitersekretär
 gesucht. Selbiger muß freigewerk-
 schaftlich organisiert, redigewandt und
 unvermülich in der K-earbeit sein.
 Vertrauenslich mit ländlichen Verhält-
 nissen notwendig. - Bewerbungen sind
 bis zum 20. Juli zu richten an
Karl Schütte, Lübecke 1. Westf.
 Scharrnstraße 12 182/14